

# Neue Mischler-Zeitung

Zeitschrift für die Interessen des Tischlergewerbes

Publikationsorgan des Deutschen Tischlerverbandes und sämtlicher freien Vereine der Tischler (Schreiner) und verw. Berufsgenossen, des Verbandes deutscher Korbmacher, sowie der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler etc. und der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse deutscher Korbmacher (Stk. Zeit).

Erscheint wöchentlich.  
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.  
Post-Nummer: 4559.

Herausgeber: B. Gramm in Hamburg.  
Verantwortlich für die Redaktion: Wilhelm Pfannsch, Hamburg;  
für die Expedition und den Anzeigenthell: Alb. Rüste, Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstraße.

Inserate f. d. viergespalt. Beitzelle ob. deren Raum 30  $\frac{1}{2}$ ,  
Bergnügungs-Anzeigen 15  $\frac{1}{2}$ , Verjammlungs-Anzeigen  
und Stellenvermittlungen 10  $\frac{1}{2}$  pro Beitzelle.  
Beilagen nach Uebereinkunft.

## Agrarier und Antisemiten.

Die agrarische sowohl als die antisemitische Bewegung schlagen gegenwärtig hohe Bogen. Während die Antisemiten, deren mächtiges Anschwellen dem anfangs zurückhaltenderen Konservatismus ein Freundschaftsbündnis abnöthigte, sich anschickten, im gewaltigen Sturm auf einen Wahlkreis nach dem anderen zu erobern, sind auch die Herren Agrarier, die eigentlichen Drahtzieher des Konservatismus, nicht müßig. Die Berliner Livoli-Versammlungen, in denen der agrarische Haufen bald unter dem Namen Konservativer Parteitag, Kongreß der Vimetallisten, und endlich Deutscher Landwirtschaftstag — stets aber mit riesigem Geschrei — sich austobte, wurden dazu inszenirt, der großen Masse sowohl, als insbesondere der Regierung den vollwichtigsten Beweis von der Existenz und Aktionsfähigkeit der nothleidenden Herren Großgrundbesitzer zu geben. Und es war auch nothwendig, daß die Herren Agrarier von sich reden machten, daß sie sich zu gesteigerter Thätigkeit aufrafften, wären sie doch sonst Gefahr gelaufen, in dem spezifisch antisemitischen Wogenschwall zu verschwinden, von demselben hinweggerissen zu werden. Das wäre aber ganz gegen die Absicht der Herren Junker gewesen. Denn mit der Judenpresserei ist es denselben im Grunde garnicht so ernst, wenschon ja eine Dosis Antisemitismus zu den vornehmen Alluren gehört. Die Herren Agrarier erblickten im Antisemitismus nicht, wie dessen radikale, enragirte Anhänger, eine tiefgehende soziale Bewegung, deren Spitze gegen den Kapitalismus oder besser die Kapitalisten — die Kapitalisten in jeder Form, also im Grunde auch gegen die Agrarier selbst — gerichtet ist, sondern nur ein Mittel, dessen sie sich zum Zwecke der Durchsetzung ihrer agrarischen Sonderinteressen bedienen wollten. Bisher war bekanntlich die konservative Partei das gefügige Werkzeug, dessen sich die Krautjunker zu ihrer Bereicherung bedienen konnten. Die konservative Wählermasse war der Hebel, vermittlest dessen die Schleusen der wirtschaftlichen Privilegierung für das Agrariethum aufgejogen wurden. Schuзыölle, Zuckerprämien, das Geschenk an die Schnapsbrenner, und dergleichen schöne steuerpolitischen Einrichtungen werden von den Agrariern vermittlest des ihnen blindlings willfährigen konservativen Stimmviehs durchgesetzt. Was der Konservatismus nicht allein zuwege bringen konnte, das wußte er durch einen Schacher mit Hilfe der Nationalliberalen und Ultramontanen durchzusetzen. Sofern man diesen Parteien ebenfalls einige Privilegien zusicherte, auch ihnen einige aus dem Fleische des arbeitenden Volkes geschnittene Bissen zuwarf, konnte man ihrer Beihülfe zu jeder Ausplünderung der Masse sicher sein.

Indeß, die Saat, die die Herren Agrarier, häufig im schönen Bunde mit nationalen Großindustriellen und ultramontanen Ausbeutern und Pfaffen, Jahrzehnte lang gesäet, mußte doch endlich ihre Früchte tragen, denn „jede Schuld rächt sich auf Erden“. Die Masse des Volkes merkte doch endlich, zum Theil wenigstens, daß sie das Opfer eines Konjunktions von Strauchrittern und schamlosen Ausbeutern geworden, und begann sich aus dem Netze seiner Blutsauger zu befreien. Mit gutem Beispiele ging die industrielle Arbeiterschaft voran, die, einmal zur Einsicht gelangt, sich durch keine politischen Mattensänger und Harmonie-

apostel mehr ködern ließ, sondern eine eigene Vertretung ihrer Interessen schuf, die sozialdemokratische Partei. Binnen Kurzem ist die Sozialdemokratie eine politische Macht geworden, die Alles vor sich niederzuwerfen droht und die den politischen Bestzustand, namentlich auch des Konservatismus, auf's Außerste gefährdet. Der schwache Trost des Konservatismus, die sozialistische Propaganda werde in den hauptsächlich das Dominium des Konservatismus bildenden ländlichen Kreisen Schiffbruch erleiden, hat sich als ein irriger herausgestellt, denn langsam, aber sicher frisst der Sozialismus auch in den feudalsten Bezirken um sich.

Dazu kommt noch das Auftreten einer gleichfalls jungen Partei, die mit ähnlicher Schnelligkeit um sich greift, wie die Sozialdemokratie, des Antisemitismus. Das ist durchaus nicht verwunderlich, denn seinem Kern nach ähnelt der Antisemitismus dem Sozialismus insofern, als er gleichfalls revolutionär ist, als er ebenfalls aus der Anzufriedenheit bedrückter Volksschichten mit den bestehenden Zuständen resultirt. Das innerste Wesen des Antisemitismus ist in der That revolutionär, auf eine Umwandlung der heutigen Gesellschaftszustände gerichtet, so unklar auch seine Bestrebungen sind und in so viele Spielarten und Spezialformen er sich aufspaltet. Kein Wort bezeichnet das Wesen des Antisemitismus besser, als das viel gebrauchte: der Antisemitismus ist der Sozialismus der dummen Kerle. Und diese „dummen Kerle“ rekrutiren sich naturgemäß aus den Schichten des untergehenden sogenannten Mittelstandes. Die mehr und mehr der Proletarisierung verfallenden Handwerker und Kleinkrämer empfinden zwar den Druck ihrer Lage, aber unfähig, sich über die Ursachen und die Mittel zu der Besserung derselben aufzuklären, schließen sie sich dem Antisemitismus an, dessen Phrasendrescherei ihnen am meisten zusagt und dessen Programm ihrem Begriffsvermögen keine allzu großen Schwierigkeiten bereitet. Sind die Bestrebungen des Antisemitismus indeß zum Theil auch revolutionäre, auf eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse gerichtet, indem derselbe die Macht des Großkapitals brechen und dem mittleren und kleinen Mann Luft schaffen möchte, so sind diese Bestrebungen doch gleichzeitig reaktionäre, da sie sich in erster Linie gegen das industrielle Großkapital richten und damit gegen die großartigen Fortschritte unserer modernen Produktion überhaupt. Der Antisemitismus, dieser Sozialismus der dummen Kerle, jagt eben Utopien nach, er will phantastische wirtschaftliche Zustände herbeiführen, die niemals zu realisiren sind, weil sie dem natürlichen ökonomischen Entwicklungsprozeß nicht entsprechen. Revolutionär sind die Bestrebungen des Antisemitismus deshalb, weil sie eine gerechtere Vertheilung der wirtschaftlichen Güter herbeiführen wollen, einen Ausgleich zwischen Reich und Arm anstreben, reaktionär sind sie deshalb, weil sie die gerechteren Zustände auf Grund einer überlebten, abgethanen Produktionsform herbeiführen beabsichtigen. Statt, wie der Sozialismus es will, die Großproduktion technisch möglichst zu vervollkommen und sie durch genossenschaftlichen Betrieb der ganzen Gesellschaft dienstbar zu machen, geht der Antisemitismus darauf aus, den längst im Absterben begriffenen hand-

wertsmäßigen Zwergebetrieb wieder zu restituiren, um so wieder die vorgeblich idyllischen Zustände der „guten alten Zeit“ heraufzuführen. Dies Bestreben des Antisemitismus ist nur zu begreiflich, wenn man bedenkt, daß sich der Antisemitismus, wie schon erwähnt, aus den Schichten des sogenannten Mittelstandes rekrutirt. Der höchst dürftig gebildete, dabei aber mit dem lächerlich philiströsen Hochmuth des Spießers auf den „rohen“ Arbeiter herabsehende Pfahlbürger besitzt ja weder geschichtliche noch auch ökonomische Kenntnisse genug, um das Unsinnige und Unmögliche seiner Bestrebungen einsehen zu können. Er dünkt sich der einzige Vertreter des Volkes und wähnt, seine Sonderinteressen seien auch gleichzeitig die der gesamten Nation und womöglich der Menschheit, dabei vollständig übersehend, daß seine Klasse weder der Intelligenz noch der Zahl nach dazu berufen erscheint, im volkswirtschaftlichen Leben eine ausschlaggebende Rolle zu spielen.

Da der Antisemitismus in erster Linie Gegner des industriellen Großkapitals und aller durch seine Entwicklung bedingten modernen Einrichtungen, z. B. Gewerdefreiheit, Freizügigkeit etc. ist, und zwischen Agrariern und Großindustriellen eine naturgemäße Rivalität und Gegenjählichkeit der Interessen besteht — wenschon dieselbe zu Zeiten bis zu einem gewissen Grade beigelegt zu werden vermag —, so ist es sehr erklärlich, daß das Agrariethum dem Antisemitismus sympathisch gegenüber steht, demselben seine Protektion angedeihen läßt. Es ist daher keine befremdende Erscheinung, daß der Konservatismus, und vor Allem eine nicht geringe Zahl konservativer Regierungsorgane, von allem Anfang an mit dem Antisemitismus geliebäugelt haben, ungeachtet hin und wieder hoch- und höchststehende Personen denselben als „Schmach des Jahrhunderts“ oder dergleichen bezeichnet haben oder bezeichnet haben sollen. Unlängst erlebten wir ja sogar das jamose Schauspiel, daß ein ganzer konservativer Parteitag sich zum Antisemitismus bekannte und jauchzend einen Abwardt auf den Schuld erhob! Diese Huldigung geschah nun zum Mindesten ebenso sehr der Noth gehorchend, als dem eigenen Triebe. Denn der Antisemitismus hatte sich inzwischen zu einer Macht entwickelt, die als Bundesgenosse gegen die modernen wirtschaftlichen und politischen Mächte, Industrialismus und Sozialdemokratie, ebenso schärens, als Gegner fürchtenswerth erschien. Im Gegensatz zu dem feurigen Streikros der Sozialdemokratie war zudem der Konservatismus immer mehr zu einem lahmen Klepper geworden, so daß sich das agrarische Junkerthum, um nicht völlig im Hintertreffen zu bleiben, nach einem neuen Vorspann umsehen mußte. Dazu eignete sich seiner Ansicht nach ganz vorzüglich der Antisemitismus. Im Wesentlichen zog ja der Antisemitismus mit dem Konservatismus an einem Strang. Agitirte er nicht „zum Schutz der Landwirtschaft“, zu Deutsch: zur Bereicherung der Großgrundbesitzer und Ausplünderung des kleinen Mannes, in erster Linie des Fabrikproletariats, für hohe Getreidezölle? Ließ er sich nicht in jeder Weise zum Sturmbock gegen Liberale und Sozialdemokraten gebrauchen?

Also nur nicht geizig, sondern den Antisemitismus schleunigst in Dienst genommen! Die Livoliderversammlung mit der Apotheose Abwardt's bedeutete die offizielle Verbrüderung, der abgeschlossene Kontrakt

wurde gleichzeitig durch ein respektables Draufgeld be-  
 regelt: nicht weniger als Mk. 81000, größtenteils  
 den Säckeln nothleidender Agrarier entlossen, kostete  
 bekanntlich die antisemitische Wahlkampagne in Friede-  
 berg-Umswalde. Ähnliche Summen mag auch die  
 neuerliche Wahlkampagne im Siegniser Kreise gekostet  
 haben. Leider nur entsprach besonders im letzteren  
 Falle das Wahlergebnis nicht der angewandten Mühe  
 und den Geldopfern, indem die Zahl der antisemitisch-  
 konservativen Stimmen nur unwesentlich stieg und so-  
 wohl Freisinn als Sozialdemokratie kein Abbruch ge-  
 schah. Das Ergebnis der in großem Maßstabe be-  
 triebenen Agitation war das, daß die Stimmenzahl,  
 die bei der früheren Wahl auf den konservativen Kan-  
 didaten gefallen war, nunmehr zum großen Theil auf  
 den antisemitischen Kandidaten überging. Ein Resultat,  
 das die Herren Agrarier schwerlich mit besonderer  
 Genugthuung erfüllen dürfte.

Man hat den Antisemitismus eine Vorfrucht der  
 Sozialdemokratie genannt. Und sicherlich birgt dieser  
 Ausdruck mehr als ein Körnlein Wahrheit. Mag  
 der Antisemitismus sich zur Zeit noch so reaktionär  
 und sozialistenfeindlich gebärden, er ist im Grunde  
 doch eine revolutionäre Partei, die unbewußt und un-  
 gewollt dem natürlichen Fortschritt dienen muß. Der  
 Umstand, wodurch er sich vorthellhaft vor dem Konser-  
 vatismus auszeichnet, springt sofort grell in die Augen:  
 bedeutet der Konservatismus die Frage der Stagnation,  
 die unfruchtbar soziale Leichenjarrre, so bedeutet der  
 Antisemitismus die Bewegung, den Fluß, die Sährung,  
 aus der sich fruchtbare Keime zu entwickeln vermögen. Der  
 Antisemitismus rüttelt die dumpfen, apathischen Massen  
 doch endlich einmal zum Leben auf, er injiziert ihnen  
 den Bazillus der Unzufriedenheit, und das will schon  
 viel heißen. Die Unzufriedenheit führt schließlich doch  
 zum Nachdenken, zum Studium der sozialen Verhält-  
 nisse, und wer es erst zum ernsthaften Denken und  
 Lernen gebracht hat, der ist auf dem besten Wege,  
 Sozialdemokrat zu werden. Momentan freilich über-  
 läßt die große Masse der Antisemiten das Denken in  
 einseitigen Vertrauen noch seinen Führern, Demagogen  
 der skrupallosesten Art, die die ihnen anhangende  
 Menge strotzhaft an der Nase herum führen und für  
 ihre und ihrer Hintermänner, der Agrarier, Zwecke  
 mißbrauchen. Das wird freilich nur so lange währen,  
 als sich die antisemitische Masse das Ausführen und  
 die Brandstiftungen gefallen läßt. Und allzulange  
 kann das nicht dauern, denn mit dem Mittelstande  
 geht es trotz aller Palliativmittel rasend schnell  
 bergab. Wenn die Menge mit Segen gewahrt werden  
 wird, daß allen Beschäftigten und Gaudelieren ihrer  
 politischen Zauberei und Mediziner zu Trotz sich  
 das unerwünschte Geschick der Proletarisierung des Mittel-  
 standes vollzieht, so wird sie sich mit um so jammlicherer  
 Erbarmung gegen ihre Beherrscher wenden. Freilich kann  
 noch eine Reihe von Jahren verfließen, bis dieser Zeit-  
 punkt eintreten wird. Inzwischen gilt es für die Sozial-  
 demokratie, rapidos und unerwünscht an der Gewinnung  
 der ihr ihrer Klassenlage nach schon jetzt gehörenden  
 Masse zu arbeiten. Nur dann vermag sie dem vor-  
 übergehenden Umsturzreißer des Antisemitismus ruhig  
 zuzusehen und jeden Versuch der reaktionären Masse,  
 dem stauischen Entwicklungswege Blöde in den Weg  
 zu wählen (Beschränkung der Freizügigkeit, der Ge-  
 werbesteuer u.), wirkungslos zu machen.

**Das neue Arbeitsamt in England.**

Die parlamentarische Majorität, über welche das  
 englische Ministerium verfügt, ist nur eine geringe.  
 Sie beträgt gegenwärtig 4 Stimmen. Durch diesen  
 Umstand bedingt, haben die wenigen dem Parlament  
 angehörenden Arbeiterabgeordneten eine ungewöhnlich  
 hohe Bedeutung gewonnen. Sie können das Zügel-  
 len der Dinge, welche das Ministerium als zu leicht  
 bestanden dürfte, in hartem Maße beeinflussen. Die  
 Arbeiter wären Ratzen, wenn sie sich die ihnen  
 günstigen Umstände nicht wollten zu Nütze machen.  
 Nach dem Abfall der Unionisten, derjenigen Libe-  
 ralen, welche Irland eine Selbstverwaltung nicht zu-  
 gesehen wollen, kann sich das Ministerium Gläubiger  
 nur durch die Unterstützung der geschlossenen irischen  
 Fraktion halten. In Rücksicht dieses Umstandes, haben  
 es die Freie denn auch zu danken, daß sie jetzt an  
 das seit Jahren ersehnte Ziel der Selbstverwaltung  
 gelangen. Die gesetzliche Regelung der Materie hatte  
 allen anderen legislativen Handlungen der Regie-  
 rung vorgezogen, sonst würde sie nicht acht Tage  
 über die Erwählung des Parlamentes hinaus ihr  
 Leben gedauert haben. Sie glänzen den Freie den  
 zwar noch ausstehenden, aber bei staatsmännlicher  
 Mäßigung in höherer Aussicht stehenden Sieg. Der  
 erwartete als das heiligste Recht des Volkes das  
 Selbstbestimmungsrecht und die auf demselben beruhende

Selbstverwaltung. Daß man das Erste nicht ungestraft  
 verletzen darf, und wenn die Brutalisierung auch in  
 noch so grausamer Weise geschieht, dafür giebt die  
 Beharrlichkeit und der endgültige Sieg der Freie einen  
 vollgültigen Beweis.

Können die Arbeiterabgeordneten nun auch nicht  
 mit dem gleichen Nachdruck wie die Freie auf das  
 Ministerium einwirken und den Wünschen der Arbeiter  
 geneigt machen, so muß das Ministerium doch den  
 guten Willen zeigen, will es die Arbeiterabgeordneten  
 nicht in die Opposition drängen, was ihm heute schon  
 verhängnißvoll werden könnte, bei einer Auflösung  
 des Parlaments aber sicher verhängnißvoll würde.  
 Auf diese Eventualität hin umwerben die Konser-  
 vativen die Arbeiter mit dem weitesten Entgegen-  
 kommen. Einen Antrag auf Einführung der acht-  
 stündigen Arbeitsschicht, inklusive der Ein- und Aus-  
 fahrt, haben die Konservativen bereits im Parlament  
 eingebracht. Die Regierung, will sie sich die Gunst  
 der Arbeiter nicht verscherzen, muß mit ihren  
 manchesterlichen Prinzipien brechen, sie muß sich dazu  
 bequemen, gesetzlich regulierend in den „freien Arbeits-  
 vertrag“ einzugreifen, so leid ihr dasselbe auch thut.  
 Dem Antagonismus der beiden großen Parteien um  
 ihre Regierungsmöglichkeit verdanken die Arbeiter ihre  
 günstige Position. Verstehen sie dieselbe auszunutzen,  
 so kann es nicht fehlen, daß der Einfluß der Arbeiter  
 bei den nächsten Wahlen eine wesentliche Erweiterung  
 erfährt.

Den guten Willen, den Wünschen der Arbeiter  
 gerecht zu werden, hat das Ministerium Gladstone  
 dadurch zu bekunden gesucht, daß es im administrativen  
 Wege dem Handelsministerium eine Erweiterung dahin  
 gab, daß als neue Abtheilung desselben ein Arbeits-  
 amt vorgehen und die Mittel für dasselbe in den  
 Etat eingestellt wurden. Aus den vorstehend ent-  
 wickelten Gründen, steht die Annahme bezw. die Be-  
 willigung des diesbezüglichen Etatpostens außer  
 Zweifel, so daß das englische Arbeitsamt bereits als  
 eine vollendete Thatsache angesehen werden kann.

Wir unterschätzen nun durchaus nicht die Auf-  
 gaben, die das Arbeitsamt erfüllen soll, aber wir  
 fühlen uns auch frei von dem Optimismus Der-  
 jenigen, die sich Wunderdinge von demselben ver-  
 sprechen. Zu den Besten zählen die Hirsch-  
 Dunder'schen, deren Organ, „Der Gewerkeverein“, sich  
 zu der Phrase verzieht, „das Arbeitsamt soll den  
 nationalen Wohlstand erhöhen und ein größeres Maß  
 industriellen Friedens herbeiführen. Hoffen wir, daß  
 das gute englische Beispiel befruchtend wirkt auf  
 Deutschlands Regierung und Arbeiterbewegung.“

Der „Gewerkeverein“ ist bestrebt, sein Schema der  
 Arbeiterbewegung als das allein seligmachende anzu-  
 preisen, und um die Mitglieder über die Bedeutungs-  
 losigkeit ihrer Organisation hinwegzutäuschen, versucht  
 er ihnen den Trost einzublasen, ihre Organisation sei  
 der englischen nachgebildet, die schon Großes erreicht  
 und noch Größeres erreichen werde. Wenn wir nun  
 auch nicht bestreiten wollen, daß das Arbeitsamt, wenn  
 gut geleitet, viele Schäden aufdecken und durch deren  
 Beseitigung Gutes schaffen kann, so sind wir doch  
 der Meinung, daß diese Thätigkeit eher zur Ver-  
 schärfung der Interessengegenstände beitragen wird, als  
 daß sie dieselben aufzuheben im Stande wäre. Wir  
 haben dafür ein Beispiel bei Gelegenheit der Ein-  
 setzung der Arbeitstatistischen Reichskommission ge-  
 habt. Die deutschen Arbeiter kämpften an die Ein-  
 setzung der Arbeitstatistischen Reichskommission die  
 Hoffnung, daß die von derselben vorzunehmenden  
 Erhebungen die von der Sozialdemokratie über die  
 Lebenshaltung der Arbeiter und die wirtschaftliche  
 Entwicklung gemachten Behauptungen bestätigen  
 werden. Von der herrschenden Klassen wird das  
 Gegentheil erwartet. Da hofft man mit Bestimmtheit  
 darauf, nachweisen zu können, daß die Behauptungen  
 übertrieben und entstellt seien, daß die Forderungen  
 als unberechtigt wenn nicht gar als unverschämmt zu  
 bezeichnen seien. War es doch sogar ein freisinniger  
 Abgeordneter, der in der bezeichneten Richtung sich  
 äußerte. Wie die deutschen Arbeiter in diesem Punkt  
 denken und was die deutsche Bourgeoisie wünscht,  
 das denkt auch der englische Arbeiter und wünscht  
 auch die englische Bourgeoisie.

Auf dieser Basis wird es darum mit der Er-  
 zielung eines größeren Maßes industriellen Friedens  
 seinen Haken haben. So lange von dem Arbeitsamt  
 die Arbeit des Sammelns, des Suchens, des Aubri-  
 gens, kurzum die statistischen Aufnahmen gemacht  
 und bearbeitet werden, so lange wird noch Friede  
 über den Gewässern herrschen. Wenn es aber gilt,  
 aus den Aufnahmen und Bearbeitungen die Nutzan-  
 wendung zu ziehen, dann wird es sich zeigen, daß  
 der wirtschaftliche Friede ein sehr launiges Ding ist.

das sich nicht in die Schablone spannen läßt, sondern  
 sein Empfinden rückhaltlos äußert, dann werden, je  
 nachdem hier bestehende Interessen verletzt, dort ver-  
 letzte Interessen gewahrt werden sollen, die Einen die  
 Methode der Aufnahme, Bearbeitung und Nutzan-  
 wendung der statistischen Aufnahmen loben oder  
 verurtheilen, dieselben unterstützen oder zu hinter-  
 treiben suchen.

Die Allmacht der wirtschaftlichen Entwicklung  
 rüttelt die englischen Arbeiter gewaltig zur Klassen-  
 erkenntniß empor. Ihre Interessenkämpfe werden  
 erbitterter, weil zielbewusster. Sie drängen zur Er-  
 greifung der politischen Macht.

Wie wenig die Hirsch-Dunder'schen je Aussicht  
 haben, ihre Wackeltheorie zur Geltung zu bringen,  
 beweist der Umstand, daß die Leute, welche die deutsche  
 Bourgeoisie zum Studium der englischen Arbeiter-  
 organisationen entsandte, schon in den ersten Schein  
 des Einflusses entbehrenden Arbeitersausschüssen die  
 Ansätze selbstständiger Arbeiterorganisationen erblickten,  
 die bekämpft werden mußten. Die Existenz selbst-  
 ständiger Arbeiterorganisationen muß von den Arbeitern  
 erkämpft werden, die englischen Gewerkevereine in ihrer  
 dormaligen Entwicklung haben mit den Hirsch-Dunder-  
 schen nichts als den Namen gemein.

Das englische Arbeitsamt in seiner Organisation  
 und den ihm gestellten Aufgaben ist in seinen wesent-  
 lichen Theilen dem in dem sozialdemokratischen Arbeiter-  
 schutzgesetzentwurf vorgesehenen Reichsarbeitsamt nach-  
 gebildet. Das Arbeitsamt soll in drei Abtheilungen  
 zerlegt werden, unter je einem Sekretär, wovon der  
 eine ein weiblicher sein wird. In den Provinzial-  
 städten und in den Industriezentren werden Unter-  
 sekretäre eingesetzt, die den Weisungen des Arbeits-  
 amtes zu folgen bez. dessen Instruktionen auszuführen  
 haben, wie auch über selbstständige Untersuchungen  
 und gemachte Erfahrungen Bericht zu erstatten haben.

Das Arbeitsprogramm des Arbeitsamtes, soweit  
 es die industriellen Arbeiter betrifft, soll sich auf fol-  
 gende Untersuchungen erstrecken:

- a) den Umfang und die Ursachen der Auf- und  
 Abbewegungen der Beschäftigungsgelagenheit in  
 gewissen unregelmäßigen Saison- u. Industrien,  
 ihre Rückwirkung auf die Bedingungen und die  
 Leistungsfähigkeit der beschäftigten Arbeiter;
- b) die Zusammenstellung der in England und außer-  
 halb gemachten Versuche, durch behördliche Be-  
 schaffung von Arbeit, durch Nothstandsarbeiten,  
 munizipale oder nationale Werkstätten, Ackerbau-  
 Kolonien oder dergleichen, Nothstände zu lindern,  
 sowie die Ursachen des Fehlschlagens oder Ge-  
 lingsens dieser Versuche;
- c) auf gewisse Fragen über die Verhältnisse der  
 Kinderarbeit innerhalb und außerhalb der Ja-  
 brien;
- d) die Berichterstattung über die Wirkungen schäd-  
 licher Arbeitsprozesse in gewissen typischen  
 Gruppen der ungesunden Gewerbe, wie Töpferien,  
 Bleiweißwerke, Messerschleiferei, chemische Fa-  
 briken usw. möglichst sowohl vom statistischen  
 wie dem wissenschaftlichen und medizinischen  
 Gesichtspunkt aus.

Außerdem wird dem Arbeitsamt die Aufgabe zu-  
 fallen, die vom Parlament angeordneten Untersuchungen  
 über Arbeiterfragen zur Ausführung zu bringen.  
 Selbstverständlich soll das Arbeitsamt jährlich einen  
 nach Materien geordneten Bericht herausgeben, der zu  
 einem billigen Preise Jedermann leicht zugänglich ge-  
 macht werden soll.

Über die laufende Thätigkeit des Arbeitsamtes  
 soll eine vorläufig monatlich einmal erscheinende Arbeits-  
 zeitung unterrichten. Die Nummer soll einen Penny  
 kosten, dagegen aber allen Arbeitervereinen und Arbeiter-  
 organisationen unentgeltlich geliefert werden. In diesem  
 Moment sehen wir einen mächtigen Nebel zur Fort-  
 entwicklung der Arbeiterbewegung durch die öffentliche  
 Diskussion. Gewiß wird die jeweilige Regierung ver-  
 langen, daß das Arbeitsamt die Politik vertritt, welche  
 die maßgebende ist, um ein deutsches geflügeltes mi-  
 nisterielles Wort zu gebrauchen. Das wird dazu  
 herausfordern, daß die kritischen Köpfe ihre Zähne  
 an den Veröffentlichungen des Arbeitsamtes wehen  
 werden, was zur Klärung der Ansichten und prak-  
 tischen Thätigkeit den Anstoß geben wird. Die un-  
 abhängige Arbeiterpresse wird durch die amtliche Arbeits-  
 zeitung eine wesentliche Förderung erfahren.

Doch damit ist die Thätigkeit des Arbeitsamtes  
 nicht erschöpft. Sein Wirkungskreis soll sich auch auf  
 die ungelerten Arbeiter und die Landarbeiter erstrecken.  
 Und das mit Recht. Insbesondere sollen von dem  
 Amt Berichte über die Verhältnisse der Landarbeiter,  
 über die Wirkungen der Gesetze in Bezug auf die  
 ländlichen Anwesen und die Ackerloose, über den weib-

lichen Arbeitsmarkt, über den Stand der Verhältnisse in gewissen unregelmäßigen Industrien usw. beschafft werden. Daneben Statistiken über den Pauperismus (Armenwesen), über die Sparfassen, das Unterrichts- wesen (besonders in gewerblicher Hinsicht), Export und Import, den durchschnittlichen Detailpreis der wichti- gsten Verbrauchsgegenstände der Arbeiterklasse, wie der Engrospreise der wichtigsten Weltmärkte. Von be- deutenderen Vorgängen im Auslande, die sich auf die Arbeiterangelegenheiten beziehen, soll Notiz genommen und eine Liste der in England und im Auslande er- scheinenden amtlichen Publikationen in Bezug auf Arbeiterangelegenheiten gegeben werden, zugleich mit kurzen, leichtverständlichen Auszügen aus diesen Ver- öffentlichungen, desgleichen eine Zusammenstellung der im Inland und Ausland geschaffenen Gesetze, die für die Arbeiterklasse von Bedeutung sind.

Wie man sieht, sind die Aufgaben und der Wir- kungskreis des Arbeitsamtes umfangreich und viel- seitig. Sie betreffen alle Gebiete, welche die Arbeiter- klasse berühren. Wenn die Arbeiten vorläufig auch nur einen informativischen Charakter tragen, so kann ihre spätere praktische Wirkung nicht ausbleiben.

Was uns aber bei der Einrichtung des Arbeits- amtes am meisten erfreut, das ist die Genugthuung, die wir empfinden, daß die englische Regierung den Gliedern des Amtes, die dem Arbeiterstand angehören, die Fähigkeiten zutraut, die Pflichten des Amtes zu erfüllen. Dies Zutrauen sticht wohlthätig von dem Verhalten der deutschen Bourgeoisie ab. Dieselbe ließ durch den Mund des Abgeordneten Lohren bei Be- rathung über die Einsetzung eines Reichsarbeitsamtes, der Arbeitsämter und Arbeitskammern erklären, die deutschen Arbeiter besäßen weder die Fähigkeiten, noch den guten Willen, die ihnen zugeordneten Aufgaben zu erfüllen.

Wenn die Behauptung zutreffend wäre, dann wäre die Einsetzung der Arbeitsämter ja die beste Ab- führung der Sozialdemokratie gewesen. Warum fürchtet man den Versuch? Weil man den hohen Grad von Selbstvertrauen kannte, mit dem die Arbeiter mit Be- harrlichkeit nach Gleichberechtigung streben. Die deut- schen Arbeiter werden sich erkämpfen, was den eng- lischen Arbeitern gewährt wurde.

**Zur Lage der Wiener Tischlergesellen.**

Die Ausbeutung und das Elend, unter welchen unsere Wiener Fachgenossen zu leiden haben, sind durch die von der Gewerkschaft der Tischlerarbeiter Niederösterreichs kürzlich veran- stalteten statistischen Erhebungen in ihrer ganzen Größe enthüllt worden. In ihrer qualitativen Größe — wenn auch lange nicht in ihrem ganzen Umfange. Die Organisation ist noch nicht stark genug, um auch nur die Hälfte der in Wien beschäftigten Tischlergehülften zur Abgabe eines Gutachtens über ihre Lage veranlassen zu können. Aber auch die ihrer Zahl nach geringen Auskünfte, welche gegeben wurden, bestätigen voll- inbaldig, was in allen unseren Versammlungen gesagt wurde, was die „Tischer-Zeitung“ so oft behauptete: daß die Verhält- nisse, in denen die Mehrheit unserer Fachgenossen leben, keine menschenwürdigen seien!

Die Daten, die unserem Wiener Bruderorgan den Anlaß zu diesen Bemerkungen geben, wurden zu Ende des vorigen Jahres ermittelt. Wenn man den hierbei eingelegten 1006 An- worten die durchschnittliche Mitgliederzahl der genossenschaftlichen Krankenkasse der Tischer Wiens von 1891 (diese Zahl betrug 11 481) zu Grunde legt, so ergibt sich, daß nur 8,5 Prozent der Wiener Tischlerarbeiter über ihre Lage berichtet haben; diese Ziffer ist indeß nur annähernd richtig, denn nachdem die Arbeiter der Tischlerei-Fabriken der genossenschaftlichen Krankenkasse nicht angehören, so ist die Gesamtzahl der Tischlergehülften Wiens größer als 11 481, die eingelangten 1006 Antworten repräsentieren also einen noch kleineren Theil, etwa 7 1/2 Pro- zent der Wiener Fachgenossen.

Es muß nun bei der Beurtheilung der Statistik von allem Anlaß an die Thatsache im Auge behalten werden, daß gerade die Kollegen in den ärgsten Buden der Kleingewerbetriebe nicht geantwortet haben; einmal, weil sie überhaupt schwer zu- gänglich sind, dann aber auch, weil ihnen die Meister einreden, die Erhebungen werden zu Steuerzwecken (!) gepflogen z. Eine Anzahl von Fragebögen aus kleineren Werkstätten war un- genügend ausgefüllt, so daß sie für die Statistik wertlos blieb. Würden die Arbeiter der „kleinen“ Meister zahlreich und präzise geantwortet haben, man würde noch mehr als wie jetzt haarsträubende Dinge erfahren haben.

Von den 1006 Fragebögen waren 499 von verheiratheten, 507 von ledigen ausgefüllt worden; die Verheiratheten besitzen 916 Kinder. Die 499 Frauen hinzugerechnet, sind es 2421 Per- sonen, über deren Lebenshaltung die Statistik Aufschluß gewährt. Die 1006 Arbeiter verdienen insgesammt in der Woche 9352 fl., was per Mann einen Wochenverdienst von 9 fl. 29 kr. bedeutet — wenn er das ganze Jahr arbeitet. Das ist aber nicht der Fall, wie die weiteren Ermittlungen zeigen. Die 1006 Arbeiter waren im vergangenen Jahr zusammen während 1613 Wochen arbeitslos. Auf jeden Arbeiter entfällt daher eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit in der Dauer von 1 1/2 Wochen im Jahr, durch die er also 13 fl. 93 kr. an Lohn entbehrt.

Nach dem letzten Jahresberichte der genossenschaftlichen Krankenkasse entfallen aber auch auf jeden Arbeiter fünf Krankentage im Jahr (1861: 59 171 Krankentage bei 11 841 Mitgliedern, die Entbindungen der weiblichen Mit- glieder unzurechnet). Daß die Leistungen der Krankenkasse über diesen weiteren Entgang am Einkommen nicht hinlänglich aus- schütigen können, ist selbstverständlich. Die genossenschaftliche

Krankenkasse gewährt außer der Spitalspflege dem verheiratheten Patienten bis zum 28. Krankentage täglich 40 kr., von da an dem verheiratheten und dem ledigen 80 kr.

Der wöchentliche Preis, den 1006 Gehülften zu zahlen hatten, betrug 1707 fl. 54 kr., der Arbeiter 1 fl. 89 kr. — wie man für diesen Betrag wohnt, darüber wollen wir nicht sprechen. Für Krankenversicherungszwecke gleicht ein Gehülfe im Durch- schnitt 24 kr. wöchentlich aus; der Beitrag in die genossenschaft- liche Kasse ist 14 kr. Es sind also die meisten Tischlerarbeiter dop- pelt versichert, trotzdem dies „verboten“ ist. Betriebs- und Übungszwecke beanspruchten von jedem der 1006 Arbeiter durchschnittlich 14 kr. per Woche; dieser Betrag ist gering, und doch könnte viel geleistet werden, wenn jeder Fachgenosse Wiens ihn für die gute Sache opfern würde!

Der Erwerb der Frauen und Kinder betrug durch- schnittlich 828 fl. 76 kr. per Woche.

Das ist in großen Umrissen das Ergebnis unserer Statistik. Wir müssen gestehen, das Ergebnis ist höchst aufreißend. Weniger als neun Gulden verdient ein erwachsener Arbeiter in der Woche, trotzdem er im Durchschnitt 12 Stunden lang, oft aber länger, angestrengt arbeitet. Wahrhaftig, diese Zustände müssen auch dem Denkfähsten zu Kopse steigen und aus dem fleißigsten Besucher der Kirchen oder der Kneipen einen eifrigen Zuhörer in unseren Versammlungen, aus dem gedulbigsten und „bravsten“ Arbeiter einen unzufriedenen Sozialdemokraten machen. Niemand sonst — kein einflussreicher Mann, keine andere politische Partei — als die Sozialdemokratie, wird diese miserablen Zustände verschwinden machen. Niemand sonst kämpft für die Rechte des unterdrückten Proletariats, als nur die internationale Sozialdemokratie!

**Sozialpolitische Rundschau.**

**Glänzender Sieg.** Bei den in voriger Woche statt- gefundenen Wahlen zum Gewerbegericht in Frankfurt a. M. wurden in beiden Abtheilungen, in der der Arbeiter sowie der der Arbeitgeber, sämmtliche sozialdemokratische Kandidaten ge- wählt und zwar mit großen Majoritäten. In der Abtheilung der Arbeiter kommen Gegenkandidaten überhaupt nicht in Frage. Ein etwaiger Versuch könnte nur mit einem gründlichen Reini- fall der Vorwispiger enden. Für die sozialistische Liste wurden 1800 Stimmen abgegeben. In der Abtheilung der Arbeitgeber siegte die sozialistische Liste mit 314 gegen 136 Stimmen. Die vereinigten Innungen hatten ihren Mitgliedern Stimmenent- haltung empfohlen. Die Trauben hingen ihnen offenbar zu hoch. Durch den entschiedenen Sieg ist das Frank- furter Gewerbegericht jetzt befähigt, in der von uns bereits er- örterten Weise die Initiative aus § 70 des Gesetzes über die Gewerbegerichte, in höherem Maße zu ergreifen, als solches den Gerichten möglich ist, die zur Hälfte noch von Andersdenkenden besetzt sind. Außerdem stehen den Beisitzern aus den Arbeit- ern die Erfahrungen mehrerer Jahre der Rechtsprechung zur Seite, so daß neben der theoretischen Einsicht von den Beisitzern auch die technische Routine vorausgesetzt werden kann.

Ein weiterer Sieg der organisierten Arbeiterschaft ist bei den Wahlen zum Gewerbegericht im Amtsgerichtsbezirk Chemnitz- Land erfochten worden. Bei der Wahl der Arbeitervertreter siegte die sozialistische Liste überall. Mit einer solchen Ver- nichtung kann sich die Sozialdemokratie trösten.

**Abgelehnt.** Für die Errichtung eines Gewerbegerichts in Alenburg in Thüringen hatten sich die Arbeiter im Peti- tionswege an das Ministerium gewandt. Dasselbe hat sich für die Unthwendigkeit der Errichtung nicht entscheiden können und hat den Antrag abgelehnt. Anders denkt der Chef der badischen Fabrikaufsicht über die Nothwendigkeit der Gewerbegerichte. Herr Dr. Wörrißhofer ist der Ansicht, daß eine praktische Geltend- machung seiner Rechte der Arbeiter nur mit Hilfe der Gewerbe- gerichte durchzuführen kann. Sonst sei der Arbeiter hilflos, weil abhängig. Aus diesem Grund allein empfehle es sich, mit der Errichtung der Gewerbegerichte überall vorzugehen, auch da, wo die Arbeitgeber das Vorhandensein eines Bedürfnisses ver- neinen. Diese Ansicht spricht Herr Dr. Wörrißhofer in dem der Regierung erstatteten Bericht aus, dem er noch hinzufügt, daß er dieselbe Ansicht bereits in einzelnen Begutachtungen ausge- sprochen hat. Der Berichterstatter der badischen Fabrikinspek- tion sollte man auch in Sachsen-Altenburg Beachtung schenken.

**Das Streikomitee der Ruhrbergleute veröffentlicht folgende Erklärung:**

Nachdem der letzte Streik im hiesigen Revier beendet und auch der ersten Anforderung an das Unterzählungswesen Genüge geleistet ist, hat das Komitee zur Förderung der Interessen der Berg- und Hüttenarbeiter seinen Zweck erfüllt und löst sich mit dem heutigen Tage auf. Die Unterzählungsangelegenheiten werden von jetzt ab von dem Vorstand des Verbandes deutscher Berg- und Hüttenarbeiter geregelt und sind die noch vorhandenen Gelder an denselben abgeliefert, welcher darüber quittirt. Die Abrechnung des Komitees wird in der „Zeitung deutscher Berg- und Hüttenarbeiter“ und in der „Rheinisch-Westfäl. Arbeiter- Zeitung“ bekannt gegeben.

**Das Komitee zur Förderung der Interessen der Berg- und Hüttenarbeiter für Dortmund und Umgegend.**

**Weitere Maßregelungen unter dem hiesigen Bergarbeitern.** Die Maßregelungen von Bergarbeitern werden fortgesetzt. So wurde am 21. Februar der Hämmer Pater, der Mitglied des Vorstandes des Sächsl. Berg- und Hütten- arbeiterverbandes ist, ohne Angabe von Gründen entlassen. Pater ist 29 Jahre auf den Werken der Bürgergewerkschaft beschäftigt gewesen. Er ist zugleich Mitglied des Berggerichts- gerichts und Knappschaftsältester. Seine Leistungen sollen ihm anstandslos ausgezahlt werden, so daß also ein Verdacht gegen das Berggesetz nicht vorliegen kann. Auch der Hämmer Pater, der 9 Jahre auf dem Rührerischen Werke beschäftigt war, ist ohne Grund abgelegt worden. Auch ihm soll das Kassen- geld anstandslos ausgezahlt werden.

**In finanziellen Nöthen befindet sich die Berliner Orts- krankenkasse der Rauerer.** Derselben ist von der Stadtverordneten- versammlung ein Voranschlag von M. 30 000 bewilligt worden. Durch diese Geldverleihen kommen recht erhebliche Dinge zur allgemeinen Kenntniß. Von annähernd 200 Rauerern sind deren Arbeiter ja. M. 87 000 in Abzug am Lohn gebüchert

und nicht an die Kasse abgeführt worden. Der Vorstand der Kasse hat ja. 80 derselben bereits der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht. Die ehrenwerthen Herren Unternehmer wiegen sich gewiß noch in der früheren Sicherheit, höchstens mit einem blauen Auge davon zu kommen, daß sie im Falle der Entzahn- lung eines von ihnen nicht Versicherter für die Kurkosten und Krankengeld haften müssen, vorausgesetzt, daß sie fassbar sind. Mit dieser Sicherheit ist es aber jetzt aus. Das „revidirte“ Gesetz hat diesem Unfug gesteuert. § 82 b des Krankenlassen- Gesetzes lautet: Arbeitgeber, welche den von ihnen beschäftigten Personen auf Grund des § 58 Lohnbeiträge in Abzug bringen, die Beiträge aber in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen oder die be- rechtigte Gemeinde-Krankenversicherung oder Krankenkasse zu schädigen, den letzteren vorzuenthalten, werden mit Gefängniß be- straft, neben welchem auf Geldstrafe bis zu M. 2000 sowie auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann ausschließlich auf Geld- strafe erkannt werden. Die Berliner Bauunternehmer haben auch in anderen Gewerben zahlreiche Kollegen.

**Gegen die Wohlfahrtseinrichtungen.** Die zweifelhafte Wohlfahrt, die in den von den Betrieben errichteten Arbeiter- wohnungen besteht, haben wir des Oefteren schon erörtert. Der schwerste Nachtheil, der ihnen anhaftet, und auf den auch der neueste Bericht der badischen Fabrikinspektion die Aufmerksamkeit der Regierung lenkt, ist der, daß mit der Auflösung des Arbeits- verhältnisses zugleich auch der Miethskontrakt als aufgelöst gilt. Der Arbeiter also in seiner Bewegungsfreiheit vollständig lahm- gelegt wird. Er kann ebensowenig eine sich ihm darbietende günstigere Arbeitsgelegenheit benutzen, als wie auch nur unter der Gefahr, an die Luft gesetzt zu werden, sich an Lohnbewegungen betheiligen. Die Unternehmerrückständigkeit hat aber, um den Zweck, die Arbeiter von einer Lohnbewegung fernzuhalten, noch durchgreifender zu erreichen vermocht, den Arbeits- und Mieths- vertrag noch eine günstigere Serie abzugewinnen. Den Arbeitern wird das Häuschen oder ein Theil desselben auf eine bestimmte Zeit ein oder zwei Jahre vermiehet. Für diese Dauer des Miethskontraktes verpflichtet sich der Inhaber der Wohnung, in dem Betriebe des Vermieheters zu den daselbst eingeführten Ar- beitsbedingungen zu arbeiten. Durch den Miethsvertrag geht der Arbeiter somit einen Arbeitskontrakt ein, der ihn an Händen und Füßen bindet, der ihn um die zweifelhafteste Wohlfahrt einer Wohnung, der Unternehmerrückständigkeit bedingungslos überliefert. Der hilflos abhängige Arbeiter hat nur die Wahl zwischen zwei Uebeln. Genießt er die Wohlfahrt der Arbeiterwohnung ohne Miethsvertrag, so kann er, sobald er sich mißliebiger macht, was hauptsächlich durch das Bestehen einer Preissteigerung der Arbeitskraft geschieht, an die Luft gesetzt, obdachlos gemacht werden, oder er genießt dieselbe mittelst Miethsvertrages, und dann hat er mit der Sicherheit des Wohnens für diese Dauer jede Bewegungsfreiheit verloren.

**Der Berliner Asylverein für Obdachlose beherbergt im Jahre 1892-127 759 obdachlose Personen, nämlich 109 473 Männer und 18 286 Frauen, Mädchen und Kinder, d. h. 676 Obdachlose mehr als im Jahre 1891. Im Männerasyl steigerte sich die Frequenz um 881, im Frauenasyl um 295. Der Durchschnittsbesuch in jeder Nacht betrug im Männerasyl 299,10 (298,88), im Frauenasyl 49,96 (49,29). Es haben 38 027 (+ 1708) Männer und 1412 (+ 8) weibliche Obdach- lose und wurden in beiden Asylen 39 439 oder 1716 Bäder mehr als im Jahre 1891 verbraucht. Die Gesamtanzahl im Asyl seit der Eröffnung im Jahre 1869 beläuft sich auf zwei Millionen vierhundert vier und sechzig Tausend fünf hundert sechs und fünfzig Personen.**

Welche Aussumme des Elends, der Noth und der Trost- losigkeit ist in diesen Ziffern ausgedrückt.

**Die Raiffeisen liegt der bürgerlichen Gesellschaft schwer im Magen.** Sie möchte ihr jede Bedeutung absprechen, und doch macht es ihr Kopfschmerzen, daß die Arbeiter allen Drohungen zum Trotz mit Beharrlichkeit an derselben als einer Demonstration für die Befreiung der Arbeiterklasse festhalten. Man soll, so läßt die Unternehmerrückständigkeit, angesichts der drohenden Faltung der Unternehmer stillschweigend übereingekommen sein, die Raiffeisen zwar nicht zu verlegen, aber auch zu bewahren. Das ist eine erbärmliche Preisfrage. Die deutsche Sozialdemokratie hat öffentlich vor aller Welt auf ihrem Parteitag in Berlin über die Raiffeisen Beschlüsse gefaßt und gemäß diesem Beschlusse wird die- selbe in Deutschland allenthalben da, wo Massenbewachte Arbeiter vorhanden sind, auch zur Ausführung gebracht. In einzelnen Orten, wo dies möglich ist, wird die Raiffeisen noch über den Rahmen des Beschlusses des Parteitages hinausgehen. Von einem Fünftel der Raiffeisen der Raiffeisen kann keine Rede sein; im Gegentheil, die Zahl der Demonstrierenden wird von Jahr zu Jahr eine größere werden. Das mögen sich die kapitalistischen Lügenpeter merken.

**Aufhebung des Boykotts.** Der von den Fürther Ar- beiter wegen Entlassung von fünf Frauen über die Brauerei Goroa am 27. November v. J. verhängte Boykott ist nach vierteljährlicher Dauer von einer zu diesem Zweck einberufenen Volksversammlung aufgehoben worden. Die vereinigten Brauereien haben sich entschlossen, die Entlassenen wieder einzustellen. Die Kosten des Boykotts von den Brauereien einzufordern, lehnte die Versammlung ab. Jeder der Ausgeschlossenen ist die Woche mit M. 12 unterstützt worden; die Kosten werden sich somit auf rund M. 800 belaufen.

**Die Zufriedenheit der Arbeiter in den Staatswer- kstätten leidet der „Richts-Anzeiger“ davon ab, daß 35 Prozent derselben länger als 10 Jahre in denselben beschäftigt seien. Das, was den Arbeiter an die Staatswerkstätten festhält, das ist die Aussicht auf dauernde Arbeitsgelegenheit; er ist nicht so leicht dem Arbeiterwechsel oder der Arbeitslosigkeit unter- worfen. Doch haben wir gesehen, daß diese Garantie keine absolute ist und daß die Gefahr der Arbeitslosigkeit auch dann gerade über den Arbeitern der Staatswerkstätten am härtesten schwebt, wenn sie als eine allgemeine Heimathung der Arbeiterklasse auftritt. Im Uebrigen unterscheiden sich die Staatsbetriebe in Bezug auf Arbeiterbehandlung, Arbeitszeit und Lohnhöhe in nichts von den Privatbetrieben, als höchstens darin, daß in den ersteren vielleicht der Unternehmerrückständigkeit gegen die letzteren noch etwas vorherrschend ist. Daß dieser auf die Geldbesitzer eine besonders beruhigende Wirkung übe und eine**

innere Zufriedenheit der Arbeiter erzeuge, davon haben wir, trotzdem wir eigene Erfahrung auf diesem Gebiete besitzen, nichts merken können.

Eine Konferenz der Vorstände der Versicherungsanstalten ist seitens des Reichsversicherungsamtes für Ende d. M. in Aussicht genommen. Es soll in derselben über Fragen der weiteren Durchführung der Alters- und Invaliditäts-Versicherung beraten werden. Jedenfalls wird die Anstellung der Gelder an Gemeinden und gemeinnützige Gesellschaften zwecks Erbauung von Arbeiterwohnungen im Vordergrund stehen. Wunderlich muß es erscheinen, daß die Versicherungsanstalten den Gemeinden zum Theil erst Anregung und Aufmunterung geben müssen, mit dem Bau von Arbeiterwohnungen vorzugehen. Auf eine diesbezügliche Anfrage der Versicherungsanstalt für Oberfranken, an verschiedene Städte, hat bisher nur der Magistrat von Bayreuth die Erbauung für dringlich notwendig erklärt. Das Bedürfnis nach dem Bau geübter und räumlicher Arbeiterwohnungen ist wohl in allen Städten vorhanden, die in den letzten drei Jahrzehnten eine erhebliche Steigerung ihrer Einwohnerzahl erfahren haben. Die dort vorgenommenen Neubauten haben auf die Bedürfnisse der Arbeiter keine Rücksicht genommen. Diese sind auf die alten und unzureichenden Baracken vor wie nach der zunehmenden Arbeiterzahl angewiesen, für die Folge dessen eine Misere beantragt wird, die für die meisten Arbeiter fast unerschwinglich ist. Der Arbeiter legt sich deshalb durch Austerlichkeiten noch größere Beschwerden auf, die im Interesse der Hygiene und Sittlichkeit besser unterblieben. Je eher hier eingegriffen wird, desto besser.

Die Erkenntnis kommt schon. Der Etat der Reichsversicherungsanstalt für Arbeiterpflicht bezieht sich in der vom Reichstag angenommenen Position auf M. 89 000. Bei Gelegenheit der Bewilligung machte der Staatssekretär v. Bötticher die Bemerkung, daß sich später die Nothwendigkeit eines besonderen Reichsamtes für Arbeiterpflicht notwendig machen werde. Wir begreifen diesen Schritt ministerieller Erkenntnis mit Genehmigung, sind aber der Meinung, daß die Nothwendigkeit eines Reichsarbeitsamtes für jeden ernsthaften Sozialpolitiker schon jetzt eine erwiesene Tatsache ist, und daß das Arbeitsamt keineswegs seine Aufgabe bloß in statistischen Aufnahmen finden und erschöpfen soll.

Unterstützungswirtschaft. In demselben soll dem Reichstag eine Novelle noch in dieser Session gehen. Inhaltlich derselben soll die Bestimmung, wonach der Ortsarmenverband die Verpflichtung hat, erkrankte Gesellen, Geserbegehälten und Lehrlinge bis zu sechs Wochen Kur und Verpflegung zu gewähren, dahin ausgedehnt werden, daß die Kur und Verpflegung 12 Wochen gewährt werden muß. Ebenso soll die Erweiterung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter ausgedehnt werden. Für die Erörterung kann ja nur dann dem Ortsarmenverband eine Verpflichtung erwachsen, wenn die Gesellen und Schülern in keinem versicherungspflichtigen Verhältnis stehen.

Militarismus und kein Ende. Durch das im vorigen Jahre zu Stande gekommene Gesetz sollen die Unterbeamten in den Gemeinden über 2000 Einwohner aus den Reihen der Militärbeamten entnommen werden, sofern für die Stelle nicht eine besondere wissenschaftliche oder fachtechnische Vorbildung erforderlich ist. Daß das Gesetz aber rühmliche Kraft haben sollte, ist wohl Niemandem eingfallen. Es kann sich bei der Anwendung des Gesetzes doch wohl nur um neu zu berufende Stellen handeln. Wenn trotzdem man ohne daß gegen die Beschlüsse kein Einspruch vorliegt, denselben gekündigt wird, um für Militärbeamten Platz zu machen, so kann formell den Gemeindevorständen zwar kein Vorwurf gemacht werden, aber sie hätten auch keine Veranlassung zu nehmen, freiwillig zur Unterbrechung des Militärismus beizutragen, wenn die Brotlosmachung bis letzten pflichttreuer Beamten in Betracht kommt. So ist es aber, wer den Militarismus zu beseitigen sucht, dem legt er den Fuß auf den Raden.

Agarische Plundererei. In dem ebenen Besande der agrarischen Behauptungen gehört auch die, daß der Konsumant gar kein Interesse an höheren Getreidepreisen habe, da der Brotpreis für mehr im Verhältnis zum Lohn- und Gehaltsniveau steigt. Eben jetzt veranlaßt uns das Agrarische Statistische Amt die Preise für Roggenbrot, Roggenmehl und Roggen in Berlin. Darnach betragen im Jahre 1892 die Preise für je 100 Kilogramm:

	Roggenbrot	Roggenmehl	Roggen
Januar	33.88	30.21	22.45
Februar	34.53	29.18	20.96
März	33.37	28.07	20.50
April	32.78	26.80	19.92
Mai	31.93	26.36	19.78
Juni	31.64	26.13	19.57
Juli	30.28	25.19	18.53
August	28.84	20.53	14.82
September	28.18	19.73	14.47
Oktober	25.09	19.11	14.02
November	23.31	17.99	13.44
Dezember	22.45	17.46	13.08

Dem höchsten Stande ist also im Laufe des Jahres der Roggenpreis um M. 9.37 und der Brotpreis um M. 12.08 gestiegen; in derselben Zeit, in der kaum einen außerordentlichen Preisrückgang durchgemacht, hat auch der Brotpreis eine außerordentliche Preissteigerung erfahren. Das Schlussergleichnis ist, daß in Berlin 6 Hund Roggenbrot, welche im Anfang des Jahres den sehr hohen Preis von 66 1/2 bezahlten, im Monat Dezember für 56 1/2 zu haben waren, wozu im Laufe des Jahres um 30 1/2 billiger geworden sind. Die Zahlen zeigen die Wechselwirkung zwischen Getreide- und Brotpreis denn doch sehr deutlich auf. In England, das seinen Schnapsell besitzt, ist das Brot um 26 bis 53 Prozent billiger, als in den Schnapselländern.

Wie man Berlin kennen lernt. Wenn da plüzt die neuen Jungverheirateten und Schnapseller Mädchen Agrarier in Berlin zu Lande den verarmten, um ihnen die anderen Burschen durch ihr persönliches Ergehen als Vorbild etwas mehr Nachdruck zu verleihen. Für manchen der Agrarier war dies eine faule Gelegenheit, die Geschäftsleute bis zum Boden zu zerquetschen. Leber die geschickten Klatsche giebt ein Berliner — und hat kaum noch einen Hauch vertragen — welcher fünf

sein r Bettlern als Cicero diente, im Bismarck'schen Leiborgan folgende Schilderung:

Fünf Bettlern vom Lande! Und jeder einzelne nach Berlin gekommen mit einem Portfeuille voll dringendster Reformwünsche, voll tiefster Unzufriedenheit und mit dem Wunsch, sich in der bösen, lieben Reichshauptstadt doch auch ein wenig zu amüsieren, und ich sollte den Bärenführer spielen. Ich war sogar freundlich bereit, hatte mir ein nettes kleines bescheidenes Programm ausgearbeitet, recht ordentlich auf alle Punkte, wie sie meine Anteil liebten, zugeschnitten. Frühstück bei Habel, Diner bei Uhl, Zirkus usw. . . . aber der Berliner deutet und der Landmann lenkt. In Grund und Boden wurde mein Programm umgestoßen. Die sonst so konservativen Bettlern waren einmal beim Reformieren, da kam es auf etwas mehr oder weniger nicht an. Sie wollten Berlin, dies Sodom, in den paar Tagen ihres Aufenthaltes von Grund aus kennen lernen, und ich wurde aus dem Bärenführer zum Opferlamm. Zentral-Biehof und Markthallen, Stadtmision und Marienheim, Ziergarten und Humboldtthain, Pferdehalle und Wagenremisen, Hohenzolleramuseum und Mausoleum, Kunstgewerbe-Museum und Rationalgalerie, Wintergarten und Reichshallen, ein halbes Duzend Bräus und ein Duzend Weinstuben — und was weiß ich noch. Was wir nach dem hagen-sollenden, aber nicht hagen-sollenden Känguruh im Wintergarten unternahmen — darüber will ich vorsichtshalber lieber ganz schweigen, denn zwei der Bettlern sind verheiratet und — Vorsicht ist zu allen Dingen nahe. Ich bin wie gerädert, aber ich kann mit Stolz von mir sagen, jetzt kenne ich endlich Berlin ganz genau — Also Vormittags früh: Stadtmision und Marienheim. — Abends: Wintergarten, Reichshallen und ein Duzend Weinstuben — und Nachts: darüber will ich vorsichtshalber lieber ganz schweigen.

Wahrlich, solche Notleidende verdienen, daß ihnen geholfen wird, und vor Allem haben sie ein Recht, Klage über die Gemüths- und die hohen Ansprüche der Arbeiter zu erheben, denen man ihren angeblichen Nothstand mit der Zeitliche austreiben sollte. Sächselich, von einem Nothstand der Arbeiter zu reden, wo ihn nicht einmal die Weisheit eines Ministers oder Oberbürgermeisters entdecken kann.

Das war ein Bild der Praxis, wie sie sind die Herren Agrarier, gezeichnet von einem der Ihrigen. Dem gegenüber entwickelte einer der Ihrigen, Herr v. Schorlemer, auf dem 12. Adelsstag ein Bild der Theorie, wie sie, die Herren vom Adel, die Großgrundbesitzer, die Agrarier, sein sollten. Herr Schorlemer meinte: „Das ist gewiß, wir können und dürfen eines nicht unmachen, was unsere Zeit beherrscht — das ist die Gemüths- und die Sucht, immer reicher zu werden, mit einem Wort, der Lang um das goldene Kalb. Das ist uns äußerlich und auch innerlich verboten. Wir werden gerade jetzt unsere Ehre und unseren Stolz darin suchen müssen, daß wir einfach, ich möchte sagen, lieber in relativer Armut leben. Wenn wir das thun, wenn wir menschlich und entschieden für die Wittwen, für die berechtigten Forderungen der Bauern, Handwerker und Arbeiter eintreten, dann, davon bin ich überzeugt, wird das Volk, welches gerade von denen so vielfach betrogen wird, die es zum Heile führen zu wollen vorgehen, uns sein Vertrauen und seine Achtung zuwenden.“ Das hört sich recht nett an. Aber Menschen, denen die Ermäßigung der Getreidepreise um M. 1.50 ein Grund ist, welche die Liebesgaben der Schnaps- und Fuderbesteuerung in die Tasche stecken, ohne schamroth zu werden, die durch Abänderung des Münzsystems sich weiter zu bereichern gedenken, die dem Arbeiter die Bewegungsfreiheit rauben wollen, indem sie ihm die Freizügigkeit und die Auswanderungsfreiheit beschränken wollen, vorreden zu wollen, sie sollen in relativer Armut leben, kann nur Heiterkeit erregen. Oder versteht man unter relativer Armut, daß man die Kollegen von größeren Sorgenlagen und Beklehen, als die letzter veranfaßelten, abzuhalten sucht? Daß man ihnen rath, die Diskontgründe zu unterlassen, die Remplage und Spielhöllen nicht zu erweitern? Denn daß die Laster nicht gut besetzt, weniger kennbar gehalten, die Blasen der angehenden „Herren“ milder anständig betrieben werden und die Differenz der geminderten Ausgaben im Interesse der nothleidenden Arbeiter verwandt würde, das zu glauben, kann nur der Einfalt eines Hintertrommeln zugemuthet werden. Die Agrarier im Allgemeinen und die „von“ im Besonderen, werden über die Herzgenstalt des Herrn v. Schorlemer herzlich lachen, und er wird die Erfahrung machen, daß der Lang um das goldene Kalb von seinen Standesgenossen in Zukunft noch toller mitgemacht werden wird, als wie es seither der Fall gewesen ist. Die Junker haben das Vertrauen des Volkes sich verschert, dasselbe zurückzugewinnen, dazu gehen ihnen alle Eigenschaften ab. Das Volk läßt sich nicht mehr täuschen. Es weiß, die Rettung liegt nur bei ihm selber. Es hat das Vertrauen zu seiner eigenen Kraft und die wird es nicht im Stiche lassen.

Internationaler Sozialistenkongress. Das Organisationskomitee für den Internationalen Sozialistenkongress zu Zürich hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, am 26. März, Vormittags 10 Uhr, im Volkshaus in Brüssel eine Konferenz abzuhalten, um von derselben die Tages- und Geschäftsordnung für den Kongress besprechen zu lassen. Endgültig bestimmt natürlich der Kongress in Zürich seine Tagesordnung und Geschäftsordnung selbst, aber eine vorherige Verständigung wird dem Kongress nur Zeit ersparen. Eingeladen sind zur Konferenz die Hauptverbände aller nicht allzu entfernten Länder. Als Vertreter des Organisationskomitees von Zürich sind nach Brüssel bestimmt: Grenzlich und Conzett. Auch die deutsche sozialdemokratische Partei wird durch die Genossen Babel und Liebknecht vertreten sein.

Aus Belgien. Das belgische Volkserferendum über die Wahlrechtsfrage hat am Sonntag unter großartiger Theilnahme der Bevölkerung stattgefunden. Die Abstimmung erfolgte über folgende fünf Punkte: 1. Das mit dem vollendeten 21. Lebensjahre zustehende aktive allgemeine Wahlrecht (Antrag Janson); 2. das mit vollendetem 26. Lebensjahre zustehende aktive allgemeine Wahlrecht (Antrag Rothomb); 3. Ausschluß der Unterthanen und Exer, welche weder lesen noch schreiben können (Antrag Gues); 4. Abhängigkeit der Wahlberechtigung von dem Inhaberen einer eigenen Wohnung und dem Nachweis eines gewissen Bildungsgrades (Regierungsvorlage); 5. Ausschluß Exeranten von der Wahlberechtigung, welche keine Volksschulbildung besitzen (Antrag Frenx-Orban).

Die Stimmabgabe, welche in Brüssel in Redaktionslokalen, Cafés und in anderen öffentlichen Lokalen vorgenommen wurde, vollzog sich in völliger Ruhe und Ordnung; es ist keinerlei Zwischenfall vorgekommen. In den Vorstädten wurde die Abstimmung um 6 Uhr, im Innern der Stadt um 9 Uhr geschlossen.

Die Resultate der Abstimmung sind bisher nur aus Brüssel und Bororten bekannt; sie haben eine erdrückende Mehrheit für das allgemeine Stimmrecht aller mündigen Staatsbürger ergeben. In Brüssel und Bororten haben von 111 700 in die Listen eingeschriebenen Personen 60 279 ihre Stimmen abgegeben. Davon stimmten für den Antrag Janson (das mit vollendetem 21. Lebensjahre zustehende aktive allgemeine Wahlrecht) 48 660 Personen, für den Antrag Rothomb (das mit vollendetem 26. Lebensjahre zustehende aktive allgemeine Wahlrecht) 7684 Personen und für die übrigen drei Anträge zusammen 8935 Personen.

Eine Abordnung soll den König von dem Resultat der Abstimmung in Kenntniß setzen. Ebenso die Kammer. — Unter dem belgischen Militär soll eine weitverzweigte sozialistische Bewegung bestehen. Der Vorkall in Tournai, wo man richtig organisirten Vereinen der Soldaten und Unteroffiziere auf die Spur kam, dürfte nicht vereinzelt dastehen. Den „Entdeckten“ wird auch kaum viel passieren. Die Sympathie des Volkes ist auf ihrer Seite.

Aus Frankreich. Im Pariser Municipalrath, der eine sozialistische Mehrheit besitzt, hat Ballant den Antrag gestellt, den 1. Mai für einen Feiertag aller städtischen Arbeiter zu erklären, der bezahlt werden muß. Der Antrag ist der Kommission für Arbeiterfragen überwiesen, die ihn beschworen wird. Für die allgemeine Waiseler ist für Paris ein Komitee eingesetzt, das sich stetig mit dem zu treffenden Arrangement befaßt. Das letzte Manifest der sozialdemokratischen Parteilistung betreffs des Panamaschwindels war in Paris von Polizei wegen an den Anschlagstellen abgerissen. Diefersah bekam der Polizeipräsident in der Sitzung des Stadtraths verschiedene Artigkeiten zu hören. In einem Beschluß wurde gegen die reaktionären Gewaltmaßregeln und die Willkür der Polizeipräsident protestirt. — Der Panamaschwindel ist noch in voller Blüthe. — Zwei Vorkämpferinnen für die Frauenrechte, Florence Hubert und Aftis de Ballayre, haben sich auf ihren Waizen, die eine in Saint-Denis, die andere in Paris, als Wählerinnen einschreiben lassen. Ihre Gesuche waren entgegen genommen, aber dann, wie die Damen wohl erwarten konnten, abschlägig beschieden worden. Das hindert die Bahnbrecherinnen aber nicht, ihren Selbstzug für die Befreiung der Frauen an den nächsten Gemeindevorstand beharrlich fortzusetzen. Der Kandidatinnen für Paris sind gegenwärtig fünf: die Herausgeberin der „Revue Européenne“, Frau Chatelain, die Handelsfrau Florence Hubert, die Schriftstellerin Noél Vertier, die ehemalige Marktendlerin Jarretout, Ritterin der Ehrenlegion und Hofnarrhätin, die Doktorin Aftis de Ballayre, Gründerin der Liga für die Befreiung des weiblichen Geschlechts. Die sechste Kandidatur ist bereits einer Vorkämpferin angeboten worden, von der man lange nichts mehr hörte, weil sie sich entschlossen hatte, daß Joch der Ehe auf sich zu nehmen. Jetzt ist Hubertine Anciere Wittwe und scheint sich wieder in das Kampfgewühl stürzen zu wollen.

Aus Italien. Der Bankschwindel ist nun amtlich auf seine Höhe des Betrages festgestellt. Die römische Bank hat ein Defizit von 42 Millionen, die Bank von Sizilien hat 6 und die von Neapel 10 Millionen werthlose Wechsel im Besitz. Der Direktor der Bank von Sizilien ist auf der Reise im Eisenbahnwagen ermordet worden. Einer der Hauptkompromittirten, der Deputirtenkammer angehört, ist über Nacht gestorben. Selbstmord, Raub und Mord sind die besten Mittel, mit und durch dieselben die am Verelichungswahnsinn leidenden Kreise Schutz und Rettung suchen. Eine schöne Gesellschaft!

Aus England. Die am 1. d. M. in Birmingham zusammengetretene Konferenz der Vertreter der nationalen Föderation der Bergleute hatte sich mit dem Antrag zu beschäftigen, ob es thöricht sei, durch eine freiwillige vierwöchentliche Arbeitspause die Kohlenpreise und damit die Lohnhöhe zu halten. Der Antrag wurde mit 133 gegen 117 Stimmen abgelehnt. Damit dürfte auch der Stab über die sogenannte gleitende Skala gebrochen sein, die aufrecht zu erhalten die Grubenbesitzer wohl nichts unversucht lassen werden. Somit wäre die Ursache für große Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital gegeben, denn die Arbeiter werden schwerlich einwilligen, daß ihnen Lohnabzüge gemacht werden. Die Beendigung des Ausstandes der Spinner in Lancashire ist auch nur ein fauler Friede. Die Unternehmer wollen eine fünfprozentige Lohnherabsetzung; die Arbeiter nur eine zweieinhalbprozentige zugehen. Die letztere soll für die nächsten drei Monate gelten. Damit wäre nur eine Einstellung des Kampfes mit „Gewehr bei Fuß“ erreicht, der aber jederzeit wieder ausbrechen kann und wird. Die Verhältnisse drängen die englischen Arbeiter mit Nachdruck zu der Einsicht, daß die Führung des wirtschaftlichen Kampfes allein nicht ausreicht, ihre Lage zu verbessern. Die englischen Arbeiter werden auch auf dem politischen Gebiete kampfgütig werden. Das Ministerium Gladstone hat versucht einen neuen Beweis seines Arbeiterfeindschaft zu geben. Die Preise der Arbeiterzüge sollen verbilligt werden. Nach einem Zonenarif soll 8, bez. 16, 24 und 32 Kilometer der Preis für die Hin- und für die Rückfahrt 2, bez. 4, 6 und 8 Pence betragen. Es würde das annähernd derselbe Preis sein, der in Deutschland für die Arbeiterbillets besteht.

Aus Amerika. Aus Anlass eines Spezialfalles der Trunksucht, es handelte sich um einen Schnaps-Trunk, hat die juristische Kommission des Repräsentantenhauses beschlossen, zu beantragen, den Zoll auf alle Waaren dann herabzusetzen, wenn dieselben durch einen Trunk oder eine ähnliche Vereinerung beeinträchtigt werden. Im vorliegenden Fall soll der Zoll von 2 1/2 auf 1 Dollar herabgesetzt werden. — Der „Bater“ des neuesten Politikers der Vereinigten Staaten und Gouverneur von Ohio, der vielgenannte Major McKinley, hat für einen faulsten Fremdb zu große Summen bezahlen müssen, daß er nun selbst ruiniert ist, wie sich aus einer Unternehmung des Statuts des Senators Robert J. Walker in Youngstown, Ohio, ergebe, das so berichtet der „New York Herald“, demzufolge McKinley wahrscheinlich der Politik entsagen und wieder zur Advokaten-Praxis zurückkehren wird. Frau McKinley besche darauf, auch ihr eigenes Vermögen den Gläubigern ihres Mannes zu übergeben.

# Deutscher Tischlerverband.

Bis 4. März gingen bei uns folgende Anträge ein, die wir hiermit zur Kenntnis bringen.

### a) Zum Statut des Tischlerverbandes.

**Hannau.** Zu § 1 Abs. 2 folgenden Zusatz: „Der Verbandsvorstand ist verpflichtet, verheirateten Mitgliedern, welche mindestens ein Jahr dem Verbands angehören, in bringenden Notfällen, in welche sie ohne ihr Verschulden gerathen, Unterstützung zu gewähren.“

§ 22. Statt „10 Mitglieder“ zu setzen „20 Mitglieder“. **Wochenheim.** § 30. Statt „alle zwei Jahre“ zu setzen „alle 3 Jahre“ und die Zahl der Delegirten dadurch zu bestimmen, daß auf je 500 Mitglieder ein Delegirter entsfällt.

### b) Zum Zeitungsreglement.

**Hannau.** Im Absatz 4 statt „vier Beitragsreste“ zu setzen „sechs Beitragsreste“.

### c) Zum Statutenentwurf für den Holzarbeiterverband.

**Hamburg.** § 5. Das Beitrittsgehalt beträgt 20 M für Mitglieder beiderlei Geschlechts.

§ 8. Für weibliche Mitglieder 5 M.

§ 50. Die vom Verband herausgebende Zeitung „Die Holzarbeiterzeitung“ wird jedem Mitgliede unentgeltlich geliefert.

a) Der Redakteur, sowie sonstige Beamte werden vom Verbandstag mit Festsetzung des Gehaltes derselben unter vorbehaltlich beiderseitig vierteljährlicher Kündigung gewählt.

b) Zur Kontrolle wird an dem Ort, an welchem die Herausgabe der Zeitung erfolgt, von der betreffenden Zahlstelle eine Preßkommission von fünf Mitgliedern gewählt, welche über ihre Thätigkeit von Zeit zu Zeit Bericht zu erstatten hat.

### Eventualantrag.

Bei Nichtzustandekommen eines Holzarbeiterverbandes, dahin zu wirken, daß die Sitze der Zentralvereine nach einem Ort verlegt werden.

Antrag für den Tischlerverbandstag. Derselbe wie unter § 50 a und b des Holzarbeiterverbandstatuts beantragte, nur mit der Aenderung statt „Holzarbeiterzeitung“ — „Tischlerzeitung“.

**Ösnabrück.** Von der hiesigen Zahlstelle werden folgende Abänderungsanträge zum Entwurf des Kartell-Vertrages gestellt: § 2. Statt: „größere Gewerkschaften für jede weiteren angefangenen 2000 Mitglieder ein weiteres Mitglied“, zu setzen: „größere Gewerkschaften für jede weiteren angefangenen 5000 Mitglieder ein weiteres Mitglied“.

§ 5 Absatz 2 zu streichen und dafür zu setzen: „Die Organisationen haben diese 10 M. von ihren Mitgliedern monatlich durch Extra-Beitrag zu erheben.“

§ 26. Den Abänderungsantrag der Drechsler zu unterstützen.

Ferner wurde beschlossen, an den Tischler-Verbandstag den Antrag zu stellen, derselbe wolle beschließen:

„Der Deutsche Tischler-Verband kann außer den durch Statut gewährten Leistungen Arbeitslosen-Unterstützung gewähren nach achtstündiger Dauer der Arbeitslosigkeit an Verheirathete und solche Ledige, welche für Eltern oder Geschwister am Orte zu sorgen verpflichtet sind, in Höhe von M. 7.50 pro Woche, jedoch nur zum Höchstbetrage der Reiseunterstützung pro Jahr. (M. 30) Der Beitrag wird erhöht auf 20 M. pro Woche.“

**Stuttgart.** § 8. Für weibliche Mitglieder statt 10 M. zu setzen 5 M.

**Neumünster.** Zu § 9 folgenden Zusatz: „Jeder Zahlstelle bleibt überlassen, zu bestimmen, in welcher Form die Unterstützung verabsolgt wird.“ (Ganz oder theilweise in Verpflegung, Nachquartier etc.)

**Oldenburg.** Zu § 85 Absatz 2 folgenden Zusatz: „Die Eintheilung der Wahlabtheilungen hat in der Weise zu erfolgen, daß, wo mehrere Städte in Frage kommen, keine derselben die absolute Mehrheit von Mitgliedern hat.“

**Stuttgart.** § 50. Statt „allen Mitgliedern“ zu setzen „allen männlichen Mitgliedern“.

### d) Zum Kongreß.

**Bremen.** Der Kongreß beschließt, einen Industrieverband zu konstituieren und bestimmt, daß an den einzelnen Orten die zum Industrieverbande gehörenden Branchen in Sektionen getheilt werden, um interne Sach-Angelegenheiten selbstständig zu erledern. Jedoch soll an diesen Orten nur eine autorisirte Verwaltung bestehen, welche von allen beteiligten Branchen gebildet wird, um die Arbeiten, welche im Interesse des Verbandes notwendig sind, zu besorgen.

Von verschiedenen Lokalverwaltungen wurde uns angemeinlich, wir sollen denselben das Resultat der Abstimmung auf sämtlichen zur Abtheilung gehörigen Orten mittheilen. Hierauf erklären wir, daß wir hierzu absolut keine Zeit haben; wir werden die gesammten Wahlfakten der Mandatsprüfungskommission unterbreiten und glauben damit unsere Schuldigkeit gethan zu haben. Mit kolleg. Gruß

Der Vorstand.  
Carl Kloss, erster Vorsitzender.

### Bekanntmachung des Ausschusses.

Das Mitglied Albert Gapp, Buch-Nr. 3051, eingetreten am 12. Januar 1889 zu Roskoc, geboren am 20. Januar 1860 zu Elbersfeld, ist auf Grund des § 16 Abs. b aus dem Verbands ausgeschlossen. Derselbe hat sich in Detmold im Laufe von 10 Wochen des Betrugs und der Unterschlagung von Geld und Büchern schuldig gemacht und ist flüchtig geworden; er soll sich zur Zeit in Minden an der Weser aufhalten. Vor dem pp. Gapp werden die Mitglieder hierdurch ganz besonders gewarnt.

### Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben. D. N.)

**Segeberg.** Endlich ist es uns gelungen, eine Zahlstelle des „Deutschen Tischler-Verbandes“ hier zu gründen. Nach

das Interesse an einer so wichtigen Sache sehr schwach vertreten, doch mögen die hiesigen Kollegen recht bald einsehen, daß wir nun geschlossen gegen unseren Feind Kapitalismus kämpfen können, daß nur so unsere Verhältnisse, die doch jetzt gerade schlecht genug stehen, bessere werden können. Mögen sie aus ihrem Schummer erwachen und die Sache nicht ruhig ihren Gang gehen lassen, wie bisher. Mögen sie die Arbeiterfrage etwas ernster auffassen und die Lösung derselben zu ihrer Pflicht machen. Mögen sie unsere Zeitung fleißig durchstudieren und nicht unbeachtet in die Ecke werfen und somit die Mühen Derer, die Alles aufbieten, um die Kollegen aufzuklären, verachten; so werden sie auch finden, daß noch Manches zu ändern ist und auch zu ändern geht. Aber nur Einigkeit macht stark. Mögen deshalb die Kollegen fest zusammenhalten und auf der Bahn, die wir betreten, muthig weiter schreiten.

**Leipzig.** Am Dienstag, 28. Februar, tagte im Saale des „Pantheon“ eine öffentliche Versammlung sämtlicher in der Holzindustrie Beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mit der Tagesordnung: „Industrieverband oder Kartellverträge? Der Referent, Genosse Mohr, Drechsler, führte aus, daß man auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung vor einer großen Entscheidung stehe, dahingehend, ob Industrieverband oder Kartellverträge für die zukünftige Gestaltung der Gewerkschaftsbewegung nöthig und in praktischer Beziehung durchzuführen sei. Redner geht des Näheren auf den Entwurf zum Holzarbeiterverband sowie des Statuts zum Kartellvertrage ein und kommt zu dem Schluß, daß es unter heutigen Verhältnissen notwendig wäre, die Branchen-Zentralisationen beizubehalten. Da jedoch unsere technische Entwicklung einen Zusammenschluß der heute bestehenden Organisationen in späterer Zeit zur Folge haben muß, den Uebergang zu einer sich durch unsere Entwicklung notwendig machenden Organisationsform durch Kartellverträge anzubahnen. Die Diskussion war eine sehr lebhaft, da auch viele Anhänger des Industrieverbandes anwesend waren. Die Meinungen waren sehr verschiedene. Während die Anhänger des Industrieverbandes behaupteten, daß wenn man einen Industrieverband schaffe, die Verwaltungskosten bedeutend verringert würden, also wenn man die heutigen Zentralisationen bestehen lasse und dazu noch eine Kartellkommission extra besolden müsse, führten die Vertheidiger der Kartellverträge an, daß es notwendig sei, und daß man vor allen Dingen bestrebt sein müsse, die indifferente Masse suchen in die Organisationen hineinzuziehen, und aus diesem Grunde wäre es verfehlt, wenn man die bestehenden Branchen-Zentralisationen beibehalte. Und daß es notwendig sei, bei Umgestaltung der Organisationsform die zur Zeit bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse sowie unsere technische Entwicklung etwas mehr zu berücksichtigen. Es waren drei Resolutionen eingebracht, von welchen eine sich für direkte Durchführung der Kartellverträge aussprach, die zweite den Industrie-Verband empfahl und die dritte sich für Anbahnung von Kartellverträgen für alle Organisationen und zugleich als Endziel der Gewerkschaftsbewegung für einen allgemeinen Arbeiterbund aussprach. Mit der Vertretung der hiesigen Holzarbeiter auf dem Kongreß wurde der Delegirte der Tischler zum Verbandstag, Kollege Reusch, beauftragt.

**Wiesbaden.** Am 25. Februar hielten wir unsere regelmäßige gut besuchte Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: Stellungnahme zu dem statutenbedingten Holzarbeiterkongreß resp. Anträge zu denselben. Es entspann sich eine lebhafteste Debatte. Sämtliche Redner sprachen sich dahin aus, daß die Gründung eines Holzarbeiterverbandes verfehlt sei, da die einzelnen Verufe noch nicht genügend organisiert und für einen Holzarbeiterverband vorgebildet seien. Speziell hätten wir in puncto Aufklärung und Organisation der in Gleichgültigkeit verharrenden Kollegen noch Jahre zu thun, ehe auch nur der größte Theil derselben für unsere Organisation gewonnen sein würde; der Holzarbeiterverband könne heute im günstigsten Falle für die größeren Industriekäbde von Vortheil sein, die mittleren und kleineren Städte können einen Fortschritt darin nicht erblicken. In diesen Städten sei es wenig oder garnicht der Fall, daß zwei oder mehrere Verufe in einem Geschäft vertreten sind. Besonders betont wurde, daß überhaupt von Seiten des Verbandes zu wenig in der Agitation gethan würde. In den Netzen Städten sei es dringend erforderlich, eine tüchtige Agitation zu entfalten, da hier gewöhnlich die Arbeitszeit 12—15 Stunden beträgt, damit diese Kollegen zu flassenbewußten Arbeitern herangebildet werden. Vor der Hand sei es unsere Hauptaufgabe, den Ausbau unserer jetzigen Berufsorganisation kräftig zu fördern, die uns noch fernstehenden Kollegen in unsere Reihen einzuführen und so eine kampffähige Organisation zu haben, die im Stande ist, gegebenen Falls die Rechte der Mitglieder im Kampfe um eine bessere Existenz zu wahren und den in der Regel damit verbundenen Nachregelungen nachdrücklich zu wehren, und was ganz besonders betont wurde, vorerst müssten Organisationen geschaffen werden, die auch reif sind, zu einem großen Verbande zusammen zu treten. Es kam dann auch der Wunsch zur Geltung, daß unsere Vertreter auf dem Holzarbeiterkongreß in obigem Sinne wirken möchten; sollte man auf dem Kongreß einen Zusammenschluß der Zentralverbände jedoch für notwendig halten, so wolle man es bei Abschließungen von Kartellverträgen belassen, jedoch nicht in der vorgeschlagenen Form, da in dieser ein zu kostspieliger Apparat erhdit wurde. Dem Kartellgegner sowie dem Delegirten ein gehendres Mandat mitzugeben, wurde abgelehnt.

**Kaiserslautern.** (Situationsbericht) Nachdem wir schon einmal unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes den Versuch machten, eine Zahlstelle des Deutschen Tischlerverbandes zu gründen, ist es uns diesmal doch gelungen. Auf eine Anregung einiger Mitglieder des Fachvereins versammelten sich am 26. November v. J. circa 20 Kollegen, um über die Gründung einer Zahlstelle zu beraten. Nach langer Debatte entschied man sich zur Gründung einer Mitgliedschaft mit einem Verwaltungsmann, und ward als solcher Kollege Schwander gewählt. Mit Gründung einer Zahlstelle wollte man warten bis zum Frühjahr. Am 3. Dezember hielt uns Genosse Metz einen Vortrag über „Die gegenwärtige Situation“ in vortrefflicher Weise. Kollege Schwander sprach über „Beruf und Nutzen des Verbandes“ und stellte dann, nachdem der Vortrag zur Diskussion gestellt war, den Antrag, gleich zur Gründung einer Zahlstelle zu schreiten, da uns ja behördlicherseits keine Hindernisse im Wege händen, welcher auch angenommen wurde. Am 28. Januar fand unsere statutenmäßige Generalversammlung statt, in welcher die Verwaltungsmitglieder gewählt wurden. Im Punkt „Bericht“ bestrich Kollege Schwander die vielen Schwierigkeiten der verschiedenen Gewerkschaften, betr. Arbeitsnachweis, Herbergswesen usw. und stellte am Schluß seiner Aus-

führungen den Antrag, zur Bildung einer Zentralisation der hiesigen Gewerkschaften die Vorstände derselben zu einer Besprechung einzuladen, welcher auch nach kurzer Debatte angenommen wurde. Zu diesem Zwecke fand am 19. Februar eine öffentliche, gut besuchte Gewerkschaftsversammlung statt, mit der Tagesordnung: „Zweck und Ziele der Gewerkschaften, und Regelung des Herbergswesens, und Arbeitsnachweise.“ Ein Antrag des Referenten, Kollegen Schwigel, zur einheitlichen Regelung der hiesigen Gewerkschaften eine Kommission zu wählen, bestehend aus je einem Mitglied der verschiedenen Fachorganisationen, wurde angenommen. Weiter ist unsere Mitgliederzahl in Anbetracht der hier beschäftigten 400 Schreiner eine ganz winzige, sage und schreibe 20 Mann, meist jüngere Kollegen. Stellt man die älteren Kollegen zur Rede, so erhält man die lakonische Antwort: „Es nützt ja doch nichts, es kostet mir zu viel Geld.“ Anstatt sich uns anzuschließen, gehen sie den hier in Masse vorhandenen Vergnügungsvereinen an, zahlen die Woche 10 M. Beitrag, veranstalten Soufagele usw. Bis aber die Kaiserslauterner ihrer Klassenlage bemußt werden, muß es ihnen noch viel schlechter gehen. 12 Stunden Arbeitszeit und zu Neujahr als Gratulation 10 bis 15 Prozent Akkordreduktion in einer hiesigen Fabrik gefällt ihnen vorzüglich; aber da wird kräftig darauf losgeschustert und der frühere Verdienst kommt wieder heraus. Kollegen! Wir rufen Euch zu, tretet ein in unsere Reihen, schließt Euch uns an, laßt uns gemeinsam die hiesigen Missethäter besprechen und gemeinschaftlich deren Beseitigung fordern. Nur wenn wir uns einig sind, werden wir eine bessere Existenz erringen können, nicht aber vermag eine kleine Zahl gegen die Reduzierung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit anzukämpfen. Also, Kollegen, wollt Ihr ernstlich eine Verbesserung unserer miserlichen Lage mit anstreben helfen, wir reichen Euch die Hand, besucht unsere Versammlungen, helft mit rathen und thaten, und Ihr werdet finden, daß das altbewährte Sprichwort „Einigkeit macht stark“, auch bei uns zur Wahrheit werden wird.

### Eingekandt.

In Bezug auf die Briefkasten-Notiz in Nr. 9 unseres Blattes habe ich Folgendes zu bemerken. Den Vortheil, den unsere Organisation davon haben könnte, wenn irgend eine Zahlstelle von Zeit zu Zeit Namen und Wohnung der Ortsverwaltungsbeamten veröffentlicht, erscheint mir zu gering, um Selbst für Inserate auszugeben. Die Veröffentlichung könnte nur für die organisirten Kollegen der betreffenden Zahlstelle Zweck haben, aber diese erfahren das doch auch in der Versammlung.

Für die nicht organisirten Kollegen ist es interesselos, die betreffenden Namen zu wissen, vorausgesetzt, daß sie die Zeitung abonniert haben, was doch meistens nicht der Fall ist. Ich meine, es wäre besser gewesen, wenn die Kollegen in Homburg vor der Höhe (auch andere Orte. D. Red.) statt nur ihre Namen zu veröffentlichen, sich die Mühe gegeben hätten, einen Bericht anzuarbeiten und zu veröffentlichen, der die Ausbeutung der dortigen Tischler durch die Meister und Fabrikanten, in das richtige Licht gerückt, gebracht und dann die betreffenden Zeitungsziffern dort verbreitet hätten. Denn dieses wäre wohl das beste Mittel, bei den uns noch fernstehenden Kollegen Interesse für unsere Organisation zu erwecken. Was das Umgehen unserer Herbergen und Verkehrslokale seitens der reisenden Verbandsmitglieder betrifft, so geschieht dies wohl seltener aus bösem Willen, als aus Noth. Ich kann Fälle anführen, wo mir das Schlafgeld auf unserer Herberge (eine Nacht 40 oder 50 M.) unerträglich war, trotzdem dieser Betrag für den Wirth wohl nicht zu viel ist, und ich mußte auf der Herberge zur Heimath übernachten, weil das Schlafen dort nur 20 oder 25 M. kostet. Es fällt mir nicht ein, die Herbergen zur Heimath als segensreiche Einrichtungen preisen zu wollen; Jeder wird wohl wissen, daß man den Aufenthalt in dieser Art Institute, wenn irgend möglich, meidet. Ich wollte mit diesen paar Zeilen nur sagen, daß es wohl zu entschuldigen ist, wenn mal ein Kollege auf der Herberge zur Heimath übernachtet. Weil nun gerade die Noth und das Elend infolge der chronischen Arbeitslosigkeit, und diese, hervorgerufen durch die auch in unserem Gewerbe so großen Umfang annehmende plan- und ziellose Produktionsweise, jeweilig herrscht, ist es Pflicht eines jeden denkenden Kollegen, dem das Wohl seiner Mitmenschen und damit verbunden das eigene Wohl am Herzen liegt, daß er agitirt für die Organisation, wo er kann, sein Wissen zu bereichern sucht, wo sich ihm irgend Zeit und Gelegenheit dazu bietet und auch mitarbeit an unserer Arbeiterpresse, um wenigstens die schreiendsten Missethäter aus Tageslicht zu bringen und öffentlich zu geißeln und den noch in Unkenntniß und Indifferentismus verharrenden Kollegen die Nothwendigkeit einer ziel- und planbewußten Organisation, wie sie der Deutsche Tischlerverband ist, zur Erkenntniß bringt.

Wilhelm Regenshardt, Verbandsmitglied.

# Verband deutscher Formmager.

Der Zugang nach Taugermünde ist sozusagen halbes Kreuz zu halten.

### Bekanntmachung.

Die Delegirtenwahlen zur Generalversammlung sind, soweit die Wahlprotokolle beim Vorstände laut Statut eingereicht sind, für richtig befunden. Gewählt sind im: 1. und 2. Kreis Hoff und Adam (Hamburg). 4. Kreis Fiedler (Bremen). 5. Kreis Hoffmann (Schneeberg). 6. Kreis Manigel (Hannover). 7. Kreis Hoffmann (Brandenburg). 8. Kreis Keller (Berlin). 11. Kreis Zimmermann (Erfurt). 12. Kreis Bauer (Coburg). 13. Kreis Paul (Dresden).

Stimmzettel müssen statthaben für den 3. Kreis zwischen Brauer (Altona) und Reiserichmidt (Gerdau). 10. Kreis zwischen Halle (Ludenwalde) und Teichert (Weitz). Die Stimmzettel müssen laut Statut beim Vorstand bis zum 18. März eingereicht werden.

Der Vorstand.  
J. A. D. Dölling, Bergstr. 24 I.  
Hamburg-St. Pauli.

Quittung

Über die im 4. Quartal bei der Hauptkassa eingegangenen Gelder:
Borstel M. 4.40, Erfurt 3, Ludenwalde 15.95, Hannover 14.95, ...

An Einzelbeiträgen: Buch Nr. 1594 M. 1.70, Nr. 453 1.70, Nr. 1566 1.80, Nr. 1801 3, Nr. 941 2.30, Nr. 697 2.10, Nr. 21 1.45, ...

An Sammelgeld: Hamburg M. 281.95, Bernburg 78.50, Ludenwalde 2.50, Hannover 4.55, Altona 51.65, ...

Sollten in vorliegender Aufstellung Irrthümer enthalten sein, so bitte ich um entsprechende Benachrichtigung.

G. Schütt, Kassier, Hamburg-St. Pauli, Seilerstr. 21, 1. Etg.

Korrespondenzen.

Friedrichsfelde, Am 26. Februar fand hier im Rommer'schen Lokale eine öffentliche Vorwähler-Versammlung unter Vorsitz des Kollegen Dänmichen statt, in welcher derselbe, da kein Referent erschienen war, einen Vortrag über unsere gegenwärtigen Verhältnisse hielt. Er führte ungefähr Folgendes aus: Kollegen, es ist traurig, wenn wir unsere Vöthe in den einzelnen Verhältnissen ansehen, da müssen wir uns sagen, das kann nicht mehr länger so gehen, denn wir kommen immer weiter zurück. Da ist es unsere Pflicht, so viel wie möglich die künftigen Kollegen mit heranzuziehen, das ist dem Verband deutscher Vorwähler beizutreten; denn die Eingabe ist der einzige Weg, durch den wir einen gerechten Lohn erringen können. In der Diskussion betheiligte sich der Kollege Sachs-Berlin, welcher meinte, die Friedrichsfelder Kollegen hätten nach dem Statut von 1889 nicht ernst genug gearbeitet. Ihm widersprach der Arbeiterkollege Radolf-Heinrichsdorf, gerade die Friedrichsfelder sind die Eingabe, die den Lohn hochgehoben haben, daher ist ihm kein Vorwurf zu machen. Ferner sprach sich im Sinne des Referenten aus die Kollegen Bräuner-Berlin, Gammann-Heinrichsdorf, Kummer- und Bräuner-Friedrichsfelde. Vom Kollegen Erdmann wurde beantragt, eine Agitations-Kommission zu wählen, welche es sich zur Aufgabe macht, den Kollegen in der Umgebung Berlins den Zweck und das Ziel des Verbandes klarzulegen. Nachdem die Kollegen Sachs und Bräuner diesen Antrag bekräftigt hatten, wurde er angenommen. In die Kommission wurden gewählt die Kollegen Dänmichen, Bräuner, Gammann, Gatte, Pennig, Pfeil und Kummer. Zum Schluss erklärte Herr Radolf, das er gewillt sei, dem Verbands beizutreten.

Berlin. Die Versammlung des Verbandes deutscher Vorwähler (Friedrichsfelde) am 13. Februar hatte folgende Tagesordnung: Vortrag des Genossen Willing, Diskussion, Anträge zur Generalversammlung, Wahl eines Delegierten, Bericht über die Genossenschaft Willing am Erscheinung vermindert war, wurde der erste Punkt von der Tagesordnung abgesetzt und ging die Versammlung zu den Anträgen der Generalversammlung über. Der Vorsitzende Herr Bräuner, beantragte, an die Generalversammlung die Aufgabe zu richten, wie sie sich zur Arbeitslosen-Unterstützung stellt. Die Beantwortung der Frage der Arbeitslosen-Unterstützung wurde beizutreten eine Resolution, in welcher die Berliner Verhältnisse während des Streiks gegenüber der Aufhebung des Hauptverbandes gerichtet wurden, wurden dem Delegierten besonders warm empfohlen. Zum Delegierten wurde Kollege F. Keller von 50 abgegebenen Stimmen mit 25 gewählt. Ebenso wurde Kollege F. Keller an Stelle des ausgeschiedenen Kandidatenkollegen Gropmann gewählt. Unter "Bericht über die Verhältnisse der Vorwähler über den geplanten Arbeitsnachweis unter Aufsicht der Behörde. Die Kollegen fanden die Aufnahme der Statistik über die Arbeitsverhältnisse nur dann für gut, wenn der Arbeitsnachweis im Sinne der Berliner Arbeitsbehörde geregelt werde.

Hamburg. Am 25. Februar fand eine Generalversammlung im Lokale des Herrn v. Sagen statt. Auf der Tagesordnung stand: "Die Verhältnisse mit uns zur Gründung eines politischen Verbandes". Dieser Punkt lief eine längere und sehr lebhaft ab. ...

Erfurt. Am 25. Februar fand hier eine Mitglieder-Versammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Vorstand- und Delegiertenwahl, 2. Anträge zur Generalversammlung. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Zimmermann, zum Kassier Kollege ...

Table with columns: Name der Rechnungsstelle, Mitgliedszahl, Beiträge (I-IV), Extra-Reiner (I-IV), Neue Bücher, Verschiedenes, Straf-gelder, Einnahme, Von der Hauptkassa, Kassenbest. 4. Q. 1892, Gesamte Einnahme, Spartenunterstützung (I-IV), Soltenopier (I-IV), Briefen, Bruchstücke, Verschiedenes, Verwaltungskosten, Ausgabe, Mit die Hauptkassa, Bleibt Kassenbest.

Die Einnahme pro 4. Quartal 1892 beträgt M. 2728.01, davon Kassenbestand vom 3. Quartal 1892 M. 6701.48. Die Ausgabe pro 4. Quartal 1892 beträgt M. 6708.94. Die Kassenbestand am Schluß des 4. Quartals 1892 M. 6708.94.

Bunte Reihe. Dortmund, 28. Februar. Das Landgericht beurtheilte den Redakteur der Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung, Dr. Dieberich, wegen dreifacher Beleidigung zu 8 Monaten Gefängnis und den Bergmann Hölger zu drei Monaten, weil er die Bergleute zur löblichen Arbeitsverweigerung aufgefordert haben soll. In der Gesellschaft der Ärzte in Berlin machte Dr. Gumbrecht Vorschlag über die Verhütung, um die Wirkung der Koch'schen Kommasäuren auf gesunde und kranke Menschen kennen zu lernen. Er hat drei andere Personen verpeithen von Cholerafranken Kommasäuren, die keine Cholera und überhaupt keine tödtliche Wirkung zur Folge hatten. Gest, 29. Februar. In der Gemeinde Saint Gilles (Boze) Verordnungsamt Vandemonte, erichtig ein Bomer seine Nachbarn, eine alte Frau, um sich Missethaten der ersten französischen Republik im November von 150000 Francs anzuklagen. Der Richter hatte die Bopere öfters bei der Frau gesehen und gedachte sie, da er von deren vöthiger Vertheilung nichts wußte, bei einem Richter in Amsterdam zu verhandeln.

Zurechnung der Central-Franken- und Stroh-Kasse der Tischler-Gesellschaft Nr. 98 Bth. Viertes Quartal 1892.

Briefkasten der Expedition. Frankfurt a. M., N. Anzeige kam für Nr. 10 zu spät. Ansbach, H. G. Vorwähler sind Nichtmitglieder, mithin sind die von ihnen bezogenen Exemplare mit Stuttgart zu verrechnen. Ludwigsburg, J. G. Schon wiederholt haben wir darum gebeten, Namen und Adressen recht deutlich zu schreiben, aber immer vergeblich. Friedrichroda, R. Sch. Mühen doch wissen, was für Zeichnungen das sein sollen. Wolfenbüttel, F. G. Wo Gipssäulen von Marx und Saffke zu haben sind, wissen wir nicht. Hier in Hamburg giebt es unseres Wissens keine zu kaufen. Hannover, F. G. Denken Sie sich an die Redaktion des "Vollwäher" in Hannover; dort dürften Sie ersuchende Antwort bekommen. Bernburg, G. G. Petrog erhalten. Octo, W. v. M. Sind bis heute nicht erschienen, glauben auch kaum, das ein Bedürfnis seitens unserer Leser darnach vorhanden ist.



Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler  
und anderer gewerblicher Arbeiter.  
Derzeitige Verwaltungsstelle Frankfurt a. M.  
Sonntag, 12. März:  
Zum Besten des Jubiläumsfonds:  
**Konzert und Ball**  
im „Merino-Saal“. Anfang 5 Uhr.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Das Festkomitee.

**Holzdrechsler**

für eine größere Schiffswerft in Holstein  
gekauft. Derselbe muß selbstständig arbeiten  
können; bei konstanter Qualifikation wird  
dauernde Stellung zugesichert. Offerten mit  
Schaltenscheiben unter H. W. an die  
Annoncen-Expedition von G. L. Danne  
in Kiel.

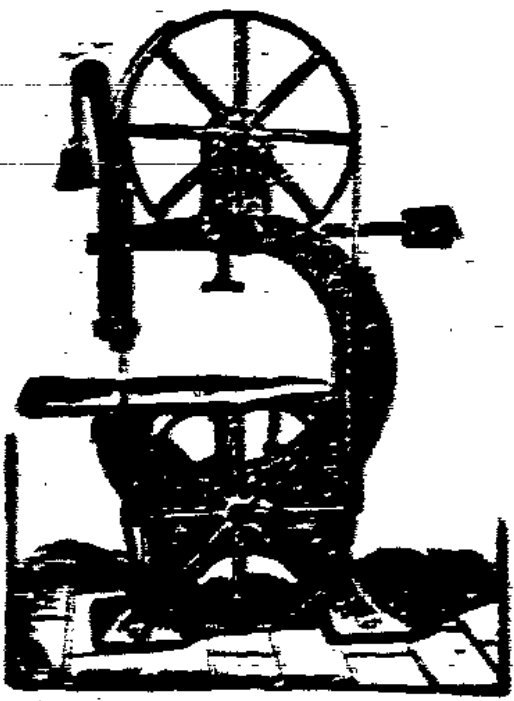
Eine im guten Zustande befindliche Tischlerei  
ist mit oder ohne neuen massiven Wohn-  
haus, A. 500 Reichsreinertrag nebst freier Wohnung  
und Keller 35 Qm großer Werkstatt, für  
A. 16500 bei geringer Anzahlung veränderungs-  
fähig zu verkaufen.  
Off. Off. unter A. A. an Haasen-  
stein & Vogler, A.-G., Zehn, erbeten.

**Holzbearbeitungs-  
und Wassermangenz-Fabrik**  
mit Dampftrieb.  
Petersen, Blohm & Hahn,  
Altona,  
Siebelstraße Nr. 219.

**Schleifen**  
in allen Holzarten  
liefert in sauberster Ausführung zu billigsten  
Preisen die

**Holzbearbeitungs- u. Schleifenfabrik**  
Gundlach & Asmussen,  
Altona, Körnerstr. 24.

**Amerik. Nussbaum.**  
Wahwood, Mahagoni, Jacaranda etc.  
Fourniere aller Art.  
**Werner & Co.,**  
Hamburg, Glashüttenstr. 78/79.



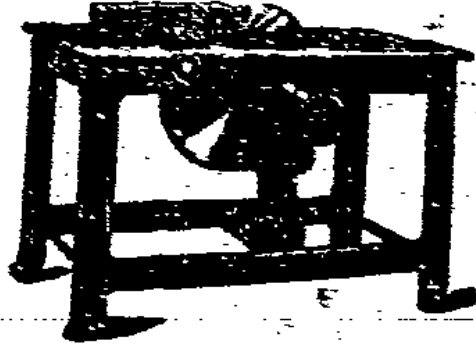
(L. D. Sandberg.)  
Der das Rechte und Praktische auf  
dem Gebiete der  
**Tischlerei-Maschinen**  
suchen will, wende sich an die Spezialfabrik von  
**Böttcher & Essner, Altona.**

**Wibrow & Schmidt,**  
Altona, St. Bergstr. 54.  
**Holz- und Fournier-Handlung.**  
Spezialität: Nussb. Maser.  
Billige und reelle Bedienung.  
Geräthschaffner franko.

**L. W. Almind Nachf., Hamburg.**  
(F. J. Kistel & Th. Stoltenberg)  
Lager von in- u. ausländischen  
**Hölzern**  
in allen Dimensionen,  
sowie auch vollständiges Lager von  
Sägen, Messern, Messer-Fournieren u.

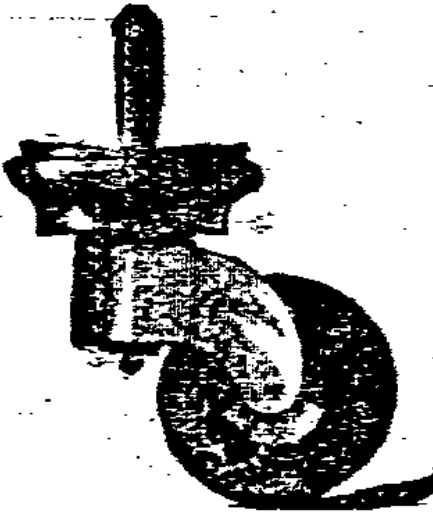
**Paul Marcus & Frank,**  
Holzbearbeitungs- u. Parquetfabrik.  
Ottsen, Donnerstr. 4.  
Spezialität: Sämtliche Hobel- u. Kleinarbeiten  
für Bau- und Möbeltischler.  
Schleifen von in- und ausländischen Hölzern.  
Bekleidungen und Futter etc.  
aus preussisch. und schwedisch. Holz.  
Fertige Thüren u. Fenster  
in solidester Ausführung zu billigsten Preisen.

**Carl Niebuhr, Maschinenfabrik,**  
Altona, Palmallee 68,  
empfiehlt Maschinen für Holzgeräthe,  
Fournierschneidereien, Ristenfabriken  
und Bautischlereien.  
Dampfmaschinen, Transmissionen.  
Spezialität: Sägemaschinen.



**Albert Kühn,**  
Hamburg, Neust. Neustraße Nr. 26.  
Komplettes Lager aller Arten  
Möbelbeschläge u. Möbelschlösser.  
**Möbelrollen.**  
Fertige Holz-Aufsätze für  
Schränke, Bettstellen u. Verticos etc.  
Solid gearb. Hamburger Fabrikat  
**Band- und Kreis-Sägen.**

**H. Grabowski,**  
Hamburg, Postenstr. 9.  
Hobelschleiferei in  
**Möbelrollen**  
mit Dorn- u. Vorholzgeb.



Spezialität:  
**Prima Möbel-Lackirung.**  
**August Wacker,**  
Hamburg,  
Ratheshofstr. 3, früher: Neuer Steinweg 64.

**Sägenfeilen**  
von extra englischem Stahl,  
dreikantig, fer. 1/2, 3 Stk.  
Länge ohne Nagel (engl. Zoll)  
4 4 1/2 5 6 7 8 9  
2.80, 3.—, 3.75, 4.50, 6.30, 8.50, 11.—  
Preis per Duzend.  
Sandfeilen mit abgerundeten Ranten  
25 pSt. Steuer.  
Verkauf gegen Kasse od. Nachnahme.  
Preis von allen anderen Sorten Feilen  
gratis und franko.  
**Kemtschid. Eugen Ernst.**

**Waldemar Augustiny**  
Rathhausmarkt 20, Altona.  
Spezialität:  
**Tischler-Werkzeuge**  
Preislisten gratis.  
Garantie für solide Arbeit.  
Gegründet 1800.

**Holz! Holz! Holz!**  
Für Tischler u. Drechsler: Ahorn, Roth-  
und Weichbuche, Eichen, Kirschbuche od.  
Mahagoni, aufgeschlitztes Buchholz  
u. Nussbuche best. vorzüglich in der Tischlerei  
und Holzhandlung von  
**F. Wagner,**  
Hamburg, hinter den Häften 23.

**Die Schule für Bau- und Möbel-Tischler zu Altona i. Meckl.**  
beginnt das Sommer-Semester 1893 am 2. Mai,  
den Vorterricht hierzu am 10. April. Weitere Auskunft erteilt der Direktor Jantzen.

**Für Bauunternehmer.**  
**W. Schnoor, Altona-Ottsen, Hoheneck Nr. 13,**  
**Dampfzägerei, Holzbearbeitungsfabrik und Bautischlerei,**  
empfiehlt den Herren Bauunternehmern etc. seine mit den größten und neuesten Bearbeitungs-  
maschinen ausgerüstete Fabrik zur schnellen und sauberen Herstellung aller vorkommenden Arbeiten.  
Mit der neu eingerichteten Bautischlerei ist eine Trockenkammer verbunden,  
welche Gewähr giebt für die Verarbeitung nur guter und trockener Hölzer bei der Fertig-  
stellung aller Arten Thüren- und Fenstermuster.  
Großes Lager von fertigen Fußböden, Thüren, Fenstern, Thür- und Fenster-  
Bekleidungen, Thürfutter etc. etc.

**Paul Horn, Hamburg.**  
**Fabrik chemischer Produkte.**  
Comptoir: Hamburg, Admiralitätsstrasse No. 23.  
Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.

**Paul Horn's** Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.  
**Paul Horn's** Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oel-anwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.  
**Paul Horn's** wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.  
**Paul Horn's** Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.  
**Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.  
**Paul Horn's** Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.  
**Paul Horn's** Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.  
**Paul Horn's** Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.  
**Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswerth und von st. Qualität.  
**Paul Horn** liefert Ia. rektifiz. 96 proz. nicht stinkenden Spiritus, unter zollamtlicher Kontrolle denaturirt.  
**Paul Horn** ist „preisgekrönt“ Hamburger Ge-  
werbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“  
**Paul Horn** erhielt das Preisdiplom auf der  
Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.  
**Paul Horn** besitzt das Ehrendiplom der  
Drechsler-Fachausstellung Leipzig 1890.  
**Paul Horn** sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus  
allen Fachkreisen, die Fachschulen und Gewerbe-Museen  
über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.  
effektirte im Jahre 1891 6528 Aufträge.  
**Paul Horn** versendet Preisbücher gratis und franko.

**Sengstack & Lehmann.**  
Hamburg. Herrengraben Nr. 8/9. Hamburg.  
**Eisenwaaren-Handlung.**  
Komplettes Lager von Werkzeugen für Tischler und Bildhauer.  
Hobelbänke, Hobel, Schraubzwingen, Bide, Knechte, amerik. Hobel,  
Holz-Klötzchen, Böden, Hübe u. Große Auswahl in feinen Möbelbeschlägen in Nidel,  
Cuirvo poli, vergoldet, Eisen- und Aluminium-Bronze.

**R. Gericke,**  
Altona, Gählerstr. 28.  
**Wassere-Fabrik.**

**Tischlerwerkzeuge Ia.**  
H. Hinstedt  
namentlich vorzüglich.  
Güte u. Form, prämiirt  
mit höchsten Preisen,  
Preislisten zu Diensten. (Auswärt. Inter-  
essenten z. gef. Notiz, dass ich keinsminder-  
werthige, sogen. Handwerkerwaare fabrizire.)  
Meine beliebten Putzhobel mit Stahl-  
schleife für Möbeltischler werden nach wie  
vor für A. 3.50 überall hin franko versandt.

**Hobelbänke**  
in sauberer, trockener Waare empfiehlt  
mit Schubstücken und geschmiedeten Sandstücken,  
Blatt von | cm 155 170 190 200 230  
3" Holz | A. 31 33 35 37 39  
Schraubstöcke u. Schraubzwingen,  
**Hermann Bergs,**  
Liegnitz i. Schl.  
Verkauf gegen Kasse und Nachnahme.  
Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt  
Kuer & Co. in Hamburg.